





Januar und Februar zu genügen. Die Bewilligung weiterer Mittel solle der Beratung des neuen Stats vorbehalten bleiben. Der sozialdemokratische Vertreter Rirschmann machte darauf aufmerksam, daß es sich nicht darum handeln könne, die 350 000 Mark zu allgemeinen Unterstüßungszwecken, auch zur Abgeltung der Fahrgelder zu verwenden; es liege im Sinne des Ausschusses für die besetzten Gebiete, unabhängig von der bereits bewilligten Summe die Fahrgelderabgeltung durchzuführen und außerdem für einmalige und laufende Unterstüßungen den Betrag von 1 1/2 Millionen Mark für dieses Statsjahr zu garantieren. Die 350 000 Mark sollten einschließlich des Zuschusses der Länder gewissermaßen als Abgeltung für die rückliegende Zeit bestimmt sein, während die höhere Summe unmittelbar für laufende und einmalige Unterstüßungen verwendet werden sollten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Rückerstattung der Fahrgelder einstimmig angenommen. Ein Antrag auf Erhöhung der Summe von 350 000 Mark auf 1 Million wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, die Beratung über die Vereinfachung der beantragten 1 1/2 Millionen für laufende und einmalige Unterstüßungen bis zur Vorlage des Nachtragsantrags für 1925 zurückzustellen. Nach einer Auskunft des Finanzministeriums soll dieser Nachtrag entweder Ende Februar oder Anfang März dem Reichstag zugehen.

## „Gute Beziehungen“

Im Haushaltsausschuß des Reichstags stand am Montag der Heeres- und Marineetat zur Beratung. Der Zentrumsgesandte Erling brachte bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Vergabe von Heeresaufträgen zur Sprache und teilte folgendes mit:

Im Jahre 1921 hätte sich in Berlin eine Industrie-Erzeugnis-A.G. für den Vertrieb industrieller Erzeugnisse gebildet. Zweck der Gesellschaft sei Verteilung erster Firmen bei den Ausschreibungen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an: Staatssekretär a. D. v. Feldtmann, der früher dem Reichswehrministerium angehörte; Karl von Bressenthin, Oberstleutnant a. D.; Hugo Zehler, Generalmajor a. D.; dazu noch ein Stadtrat, ein Rechtsanwalt und ein Direktor. Diese Firma habe an andere Firmen Rundschreiben versandt und darauf hingewiesen, daß die Herren, die an der Industrie-Erzeugnis-A.G. beteiligt sind, gute Beziehungen hätten und sie infolgedessen in der Lage seien, bei Vergabungen von Staatsaufträgen „behilflich“ zu sein. Als Entgelt verlangten sie eine Vermittlungsprovision von zwei Prozent. Wg. Erling erklärte, er sehe ohne weiteres voraus, daß die verantwortlichen Herren im Reichswehrministerium keine Geschäfte mit dieser Firma gemacht hätten. Um aber volle Klarheit zu schaffen, hat er, den Herrn Minister zu veranlassen, daß alsbald eine umfassende Untersuchung eingeleitet werde. Er behauptete weiter, daß Herren, die eine ansehnliche Pension beziehen, sich zu solchen Geschäften überhaupt hergeben, und verlangte, daß von dem Ministerium auf das tatkräftigste eingeschritten und denjenigen Stellen im Wehrministerium, die mit der Vergabe von Heeresaufträgen zu tun hätten, jedes Zusammenarbeiten mit dieser Firma verboten werde, und die Firma überhaupt, auch soweit Vermittlungen in Frage kämen, generell ausgeschlossen würde. Ein energisches Zugreifen sei insbesondere auch notwendig, damit das Ansehen von Reichswehr und Reichsmarine nicht Schaden erleide.

Es ist interessant zu sehen, wie Kreise, die von der Republik ansehnliche Pensionen beziehen, nicht nur auf diese Republik bei jeder Gelegenheit schimpfen, sondern auch mit ihr sehr gern Geschäfte machen, gegen 2 Prozent Provision natürlich.

## Der russisch-schweizerische Konflikt.

Eine Verständigung zwischen der Schweiz und Rußland ist bisher noch nicht möglich gewesen. Rußland verlangt Genugtuung für die Ermordung des Sowjetdelegierten Worowski in Kaufman durch einen Schweizer, der von den schweizerischen Gerichten freigesprochen wurde. Die Schweiz wollte eine Entschädigung an die Hinterbliebenen bezahlen, aber ohne ihre zweifelsfreie Schuld in dieser Angelegenheit zuzugeben. Rußland verlangt jedoch eine regelrechte Genugtuung, kein Gnadengeschenk. Der Streit zwischen Sowjetrußland und der Schweiz ist darum von allgemeiner Bedeutung, weil Rußland sich weigert, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die auf schweizerischem Boden stattfinden soll. Nichtsdestoweniger hat dem Sekretariat des Völkerbundes offiziell mitgeteilt, daß seine Teilnahme an der Abrüstungs-Werkonferenz davon abhängig sei, daß

die Wassertriefel im Original zu sehen, mit denen er überall als Denkmalsfigur auftritt. Das ist symbolisch gemeint: man waiet Mietief durch Wasser, wenn man versucht, heute noch an seine Spur heranzukommen.

Es ist im Leben häßlich eingerichtet, daß bei den Rosen gleich die Dornen stehen.

Weiter reicht sein Weltkummer nicht. Für ihn jedenfalls war es „schön eingerichtet“, daß er nie im Leben zu kämpfen und zu haben brauchte und deswegen die feinsten Bedürfnisse der Schwerverdiener so ausgezeichnet kannte — so viel besser als ein Gottfried Keller, der zeit seines Lebens ein armer Lump geblieben ist.

**Theaterchronik.** Der Versuch Max Reinhardts, in Salzburg ein österreichisches Vaudeville zu errichten, ist vorläufig gescheitert. Weber waren die künstlerischen Beziehungen bedeutend genug, noch reichlich die landschaftlichen Schönheiten der Umgebung, und der architektonische Reiz der Geburtsstadt Mozarts hin, um jenen internationalen Strom von Besuchern in das Land zu führen, der notwendig gewesen wäre, um den überkommenen Schuldverpflichtungen zur Ausgestaltung des Festspielhauses zu genügen. Leidtragende ist vor allem die bayerische Hypothekendarbank mit 1 200 000 Schilling gleich 720 000 Mark, dann die familiären Unternehmer, welche den Umbau des Festspielhauses durchführten. Dieser hat bis jetzt 2 Millionen Schilling gekostet (1,2 Millionen Mark), und die Fertigstellung des Hauses erfordert weitere 800 000 Schilling. Die Forderungen der Unternehmer sind bis jetzt mit 73 Prozent bezahlt. Alles Weitere ist zweifelhaft, weil mit Ausnahme des Baumaterials kein Gegenwert vorhanden ist. Die Zahl der Besucher im Festspielmonat August 1925 betrug 48 000. Aber wie im Vaudeville hat man sich im Festspielhaus wie in den Hotels und Geschäften beratt übernommen, daß es fraglich ist, ob diese Spielbesucherzahl im nächsten Festspieljahr erreicht werden wird.

„Freies Volk“ in Nürnberg verboten. Der „Fünfundvierzig“ meldet: Der Nürnberger Polizeipräsident Gareis teilte vor kurzem mit, daß jede Vorführung von „Freies Volk“ in Nürnberg untersagt werden würde, weil Ausschreitungen zu befürchten seien. Mit dieser schönen Begründung kann man als Polizeipräsident natürlich alles verbieten.

Der Druckfehlerfresser hat uns wieder einmal geärgert, indem er ein Urteil von uns just ins Gegenteil verkehrt hat. In der Besprechung des U.S.-Filmprogramms haben wir den „Noten Freibeuter“ ein „braves, kitschfreies Drama aus dem bürgerlichen Volksleben“ genannt, und der teufliche Hühner hat ein „braves, kitschiges“ daraus gemacht. Wir sind froh, wenn wir einen Film loben können, so daß uns ein solcher summeverehrender Druckfehler besonders ärgerlich ist. Also: „Der rote Freibeuter“ ist ein freies.

der Tagungsort a u ß e r h a l b der Schweiz liege. Die Konferenz soll nach einem derjenigen Staaten einberufen werden, die mit der Sowjetregierung in normalen diplomatischen Beziehungen stehen. Der „Wostokischen Zeitung“ wird dazu aus Genf gemeldet:

Morgen erscheint in den hiesigen Blättern das Komunique, das der Öffentlichkeit den Gang der bisherigen russisch-schweizerischen Verhandlungen und den Abbruch dieser Verhandlungen mitteilt. Nach dieser offiziellen Darstellung verlangt die Sowjetregierung den Ausdruck des direkten und unzweideutigen Bedauerns über den Mord und als Manifestation dieses Bedauerns die Gewährung einer Geldentschädigung an die Tochter des Ermordeten.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjetunion in keinem direkten diplomatischen Verkehr mit der Schweiz steht, war die Sowjetregierung einverstanden, daß eine entsprechende Genugtuungsnote im Wege über die französische Regierung an die Sowjetregierung übergeben würde. Der Text dieser Note wurde von der französischen Regierung ausgearbeitet und nach geringfügigen Veränderungen von der Sowjetregierung angenommen. Dagegen habe die Schweizer Regierung die Annahme dieser Bedingungen verzögert. Sie brachte immer neue Verbesserungen in die Note hinein, die deren Wirkung auf die Öffentlichkeit abschwächen sollte.

Obwohl die Sowjetregierung den einzelnen Worten der Note keine besondere Bedeutung beimesse, siehe sie doch unter dem Eindruck, daß die Schweizer Regierung nicht von einem persönlichen Geist erfüllt sei. Als Beispiel dafür könne angeführt werden, daß die Schweizer Regierung aus der Verwendung des Wortes „aufrichtig“ geirritet habe. Auch bezüglich einer Kompensation an die Tochter des Ermordeten mache die Schweiz Ausflüchte. Sie verjage, die Ermordung eines offiziellen Vertreters der Sowjetregierung in eine Linie zu bringen mit den Verlusten, die Schweizer Bürger durch die revolutionäre Gesetzgebung Sowjetrußlands erlitten haben. Aus diesem Grunde konnte eine Vereinbarung nicht geschlossen werden. Das Volkskommisariat für Außerer vermerkt in seiner offiziellen Rundmachung ausdrücklich die Energie und den guten Willen, mit welchem das französische Auswärtige Amt und der französische Botschafter in Moskau, Gerbette, sich um die Beilegung des Konflikts bemüht haben.

Die Schweizer Diplomaten behaupten, bis an die Grenze des Möglichen bei ihren Zugeständnissen gegangen zu sein. Die eine Tatsache können sie aber nicht hinwegleugnen, daß der Gesandte eines fremden Staates auf Schweizer Boden regelrecht ermordet wurde, und daß den Mörder ein schweizerisches Gericht freisprach.

## Wohnungsnot in Rußland.

Die deutschen Kommunisten können sich bei ihrer Agitation in Uebertreibungen gegen die deutschen Verhältnisse gar nicht genug tun. Jede Bezugnahme auf Rußland pflegen sie dadurch zu erledigen, daß sie von „menschenwürdigen Lügen“ reden. Da die „Prawda“ vorläufig noch kein menschenwürdiges Lügenblatt, sondern ein kommunistisches Parteiorgan ist, so beziehen wir uns vorzichtshalber auf sie. In ihrer Nummer 19 vom 24. Januar findet sich ein Bericht über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung. In diesem Bericht heißt es wörtlich:

Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten, Genosse Beloborodoff, teilte mit, daß die Hauptmomente, die für die augenblickliche Lage charakteristisch seien, folgende sind: ein ungeheures Defizit an Wohnraum, fortwährende Zerstörung der Häuser und endlich eine nur schwache Bautätigkeit.

Die festgelegte sanitäre Mindestnorm von 16 Quadratmetern (8 Quadratmeter!) ist zurzeit in einer ganzen Reihe von Bezirken ein unerreichbares Ideal. Es gibt Fälle, in denen der Wohnraum eines einzelnen Arbeiters auf 4 bis 5 Quadratmetern (also 2 bis 2 1/2 Quadratmeter) heruntersinkt. So ist die wirkliche Lage in der Wohnungsfrage.

Diese Wohnungsnot wird dadurch vergrößert, daß wir eine fortwährende Zerstörung der Häuser haben. In Luga haben wir nur 18 Prozent aller Häuser, die keine Reparaturen erfordern. Im Ural sind 7 Prozent der Häuser vollständig zerstört und infolgedessen für die Besohnung ungeeignet, und 80 Prozent erfordern eine grundlegende und laufende Reparatur. Diese Lage ist das Resultat unserer falschen Politik auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft.

Als die wichtigste Frage der Wohnungspolitik sieht der Genosse Beloborodoff die Frage der Miete. Das Volkskommisariat für Inneres verfügt zurzeit über ein sehr großes Material, das aus der Bearbeitung einer Wohnungsenquête in der Provinz gewonnen ist. Dieses Material beweist vor allen Dingen, daß die im Sommer vorgenommene Erhöhung der Miete keine wesentliche Besserung in der Hausbewirtschaftung herbeigeführt hat. Während im März (vor der Mieterhöhung) 1 Quadratmeter (1 Quadratmeter) 9 Quadratmeter, also 4 1/2 Quadratmeter (Red.) durchschnittlich mit 4 1/2 Kopfen besetzt wurde, kostete er im September nach der Mieterhöhung etwa 60 Kopfen. Weder die erste noch die zweite Zahl entspricht den Selbstkosten, die sich auf 2 Rubel und mehr belaufen.

Ferner charakterisiert Genosse Beloborodoff die Frage des Wohnungsneubaus. Er erklärt, daß, wenn wir bei dem jetzigen Tempo des Neubaus bleiben, wir nicht instande sein werden, den vorhandenen Wohnraum zu vergrößern. Aus diesem Grunde müsse die Frage des Tempos der Neubautätigkeit geprüft, aber gleichzeitig damit auch eine Feststellung unserer Baumaterialien vorgenommen werden, da der Wohnungsneubau wegen Mangels an Baumaterialien zum Stillstand kommen könne.

Den einzigen Ausweg aus der so entstandenen Situation sieht der Genosse Beloborodoff in einer Erhöhung der Wohnungsmiete in einem solchen Ausmaß, daß sie die Selbstkosten decken würde. Er ist der Meinung, daß der Rat der Volkskommissare seine Wohnungspolitik grundlegend ändern muß, daß man auf das Prinzip der Wohlfühlpolitik verzichtet und zum Prinzip der Wirtschaftlichkeit übergehen muß (kapitalistische Rentabilität — d. Red.), wie das auf allen anderen Gebieten unserer Wirtschaft bereits geschehen ist.

Nach einer längeren Debatte beschloß der Rat der Volkskommissare eine Reihe von Maßnahmen, die die Vernichtung des Kapitals an Wohnraum zum Stillstand bringen sollen. Um die Einschränkung des vorhandenen Fonds an Wohnraum zu verhindern, beschloß der Rat der Volkskommissare in Anerkennung der Notwendigkeit, einen defizitären Zustand bei der Bewirtschaftung der Häuser zu erreichen, eine Neuregelung (des Erhöhungs) der Miete. Diese Miete soll freilich ihre kapitalistische Grundlage noch behalten. Für die Arbeiter und Angestellten der niedrig bezahlten Kategorien soll die Wohnungsmiete zurzeit sich aufbauen auf den Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung der Wohnung, für die höher bezahlten Kategorien soll sie eine Amortisation und Verzinsung für das aufgewandte Baukapital ermöglichen.

Dieser Bericht, der sich im übrigen wohl hütet, die furchtbare Lage auf dem russischen Wohnungsmarkt anschaulich zu schildern, spricht doch in mehr als einer Beziehung Bände. Schritt für Schritt wird der utopische Weg verlassen.

Es ist klar, daß der Rat der Volkskommissare bei seinen jetzigen Maßnahmen nicht bleiben wird. Um nur zu einigermaßen erträglichen Zuständen zu kommen, bedarf die russische Regierung heroischer Leistungen. Sie wird die dazu nötigen Mittel nur aus weiteren Steigerungen der Miete entnehmen können. Jedenfalls haben die deutschen Kommunisten nicht die geringste Veranlassung, sich über die Schwierigkeiten in anderen Ländern zu beschweren. In Wien, wo die Sozialdemokraten die Gesetzgebung beeinflussen können, hat man von Anfang an eine Politik getrieben, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprach, ohne die besonderen Interessen der Arbeiterklasse außer acht zu lassen. Mit Hilfe der gestaffelten Wohnungssteuer sind Tausende und aber Tausende von Wohnungen entstanden, lange ehe man in Rußland auch nur daran dachte, Hand anzulegen.

## Notizen.

Wiedererfassungverfahren im Matrosenmordprozess? Nach einer Mitteilung der kommunistischen Presse hat der Vater des am 25. August 1917 zum Tode verurteilten und kurz darauf erlöschten Oberheizers Reichpietsch auf Anraten der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion die Wiedererfassung des Verfahrens beantragt. Rechtsanwalt Dr. Hegewitsch soll die Interessen der Familie des Ermordeten vertreten.

Amnestie in Sachsen. Das sächsische Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 12. Februar beschlossen, dem Landtag ein Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit in Sachsen zugehen zu lassen. — Von der Veranlassung des für den 28. Februar angeregten Gedentages für die Opfer des Krieges soll für das Gebiet des Freistaates Sachsen abgesehen werden, zumal da eine würdige, für das ganze Deutsche Reich einheitliche Feier an diesem Tage nicht zu erreichen war. Die Veranlassung eines solchen Gedentages zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres, vielleicht mit der endgültigen Totenfeier am Totensonntag, bleibt vorbehalten.

Niedriger hängen. Die völkisch-deutschnationale „Deutsche Zeitung“ leistet sich folgende Gemeinheit: Die „Welt am Montag“ gibt eine Zuschrift wieder, nach der die kirchlichen Stellen Bayerns in der Presse der bayerischen Volkspartei einen Artikel veröffentlicht haben, in dem es heißt, daß der Nationalkulturtag in Bayern von kirchlicher Seite nicht mitgemacht wird? In dieser Zuschrift heißt es: „Ein Zufall“ will es, daß der Volkstrauertag am 28. Februar auch der erste Jahrestag des Todes des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert ist.“ Das ist allerdings ein sehr unangenehmes Zusammentreffen für jeden Deutschgesinnten.“ — Das Andenken eines Toten zu beschmücken, der sein ganzes Sein dem Volke gab, das ist der Ton, der nur aus jener Klasse kommen kann, die sich völkische Bewegung nennt.

Besserung in Bayern. In der bayerischen Wirtschaft machen sich jetzt langsam Anzeichen einer gebesserten Konjunktur bemerkbar. Diese Anzeichen beschränken sich aber vorläufig auf einzelne Spezialindustrien, so auf gewisse Zweige des graphischen Gewerbes, der oberfränkischen Spielwarenindustrie und der schwäbischen Textilindustrie. Auch in der Steinindustrie zeigt sich eine bemerkenswerte Besserung.

Eine Falschmeldung. Aus London wird uns gemeldet: Vor wenigen Tagen erreichte ein Interview Aufsehen, das von Macdonald in Paris gegeben sein sollte und in der französischen faschistischen „Nouvelle Etoile“ erschien. In ihm hat Macdonald angeblich erklärt, daß hinter der englisch-italienischen Schuldenregulierung eine politisch-militärische Abmachung mit Italien stehe und er den italienischen Standpunkt unterstütze. Macdonald hat dieses Interview nicht nur nicht erteilt, sondern auf seiner Rückreise Paris überhaupt nicht berührt. Damit löst sich das Rätsel dieses Interviews, das in allen sozialistischen Kreisen nicht begriffen wurde.

Mühsame Wahlkämpfe in Rumänien. Der Wahlkampf zwischen liberalen rumänischen Regierungspartei und der Vereinigten Opposition nimmt immer schärfere Formen an. In der Provinz kam es an mehreren Orten zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Besonders in Kalafat wurden zahlreiche Anhänger beider Parteien durch Messerstiche verwundet. Die Regierung hat alles aufgeboten, um die Opposition an der rechtzeitigen Übergabe der Kandidatenlisten zu verhindern. Infolgedessen ist in einer großen Anzahl von Gemeinden nur die liberale Liste überreicht worden, so daß in diesen Gemeinden bereits die Regierungskandidaten ohne Gegenkandidaten für gewählt erklärt wurden. Von 3390 Dorfgemeinden wurde auf diese Weise in 1910 die Regierungsliste einfach für gewählt erklärt.

## Depeschen.

Die Finanzbesatte.

Paris, 16. Februar. (Radio.) Die Kammer hat in ihrer Nachmittags die beantragte Erhöhung der Verkaufspreise für die Erzeugnisse des staatlichen Tabakmonopols abgelehnt, die Erhöhung der Postgebühren sowie den Artikel 66, der eine Erparnis von 500 Millionen fordert, zurückgestellt und schließlich die Angliederung der 3 Milliarden des Louvreerbes Finanzgesetzes im Auslandsbudget beschlossen. Nach den Berechnungen des Berichtserstatters Lamoureux ist aus der Gesamtzahl der Artikel, die die Kammer angenommen hat, eine Einnahme von 1,6 Milliarden zu erwarten, so daß ein Defizit von insgesamt 2,4 Milliarden zu bedeuten bleibt. Die Sitzung dauerte zur Stunde noch an. Die Diskussion geht um die Zahlungssteuer, die von Doumer am Sonntag eingebracht und am Montagabend von der Kommission erneut mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde.

Paris, 16. Februar. (Radio.) Im Anschluß an die Finanzdebatte stellte Briand heute morgen um 7 Uhr die Vertrauensfrage über die endgültige Verabschiedung der Finanzvorläge. Mit 258 gegen 145 Stimmen wurde Briand das Vertrauen ausgesprochen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. Die Kammer vertagte sich darauf auf den 24. Februar.

Opfer der Arbeit.

Gelsenkirchen, 16. Februar. (Radio.) Als im Betrieb der Glüdauf-Bräuererei mehrere Schloffer bei Schneearbeiten an Gießtischrohren beschäftigt waren, sprangen plötzlich zahlreich glühende Eisenteile explosionsartig ab. Sieben in der Nähe befindliche Arbeiter wurden schwer verletzt. Einer der Verletzten ist bereits gestorben; ein zweiter hat sein Augenlicht verloren.

Auto in den Rhein gefahren.

W. Köln, 16. Februar. Wie Wolffs Westdeutscher Provinzialerzähler, ist in der vergangenen Nacht in der Nähe des Jüliengraben ein Auto mit angeblich sechs Insassen aus unbekannter Ursache in den Rhein gefahren. Ob die Zahl der Insassen stimmt, ist noch nicht bekannt. Doch steht fest, daß der Autolenker mit dem Auto in den Fluten untergegangen ist.

Niesige Waldbrände.

W. Welsch, 16. Februar. Schredliche Duschsteppenbrände brachen im Moun-Plasant-Bezirk, 20 Meilen von hier entfernt, aus. Mehrere Quadratmeilen wurden von dem Feuer heimgesucht. Ein Besitzer verlor 2500 Schafe. Der Gesamtschaden wird auf 140 000 Pfund geschätzt.

W. Melbourne, 16. Februar. Bisher wurden 27 Todesopfer der Duschsteppenbrände geborgen. Die Staatskräfte sind jetzt bemüht, es sind 30 bis 40 Jahre währen, bis die Waldbrände wieder als Nutzholz Verwendung finden können.



Forderungen an die Republik.

Die Langmut der Republik wird noch auf viel härtere Proben gestellt als durch die Forderungen der ehemaligen heftigen und hohenzollernschen Fürsten, über die wir gestern berichteten. Das „Berliner Tageblatt“ zählt eine Reihe von Forderungen an die Republik auf, die zwar nicht durch die Höhe ihrer Summen, wohl aber durch die Art der Begrenzung genau so empörend wirken, wie die Millionen und Milliarden der 1918 oder schon früher abgebauten Potentaten. Es melden sich noch zahlreiche andere „Rentenberechtigter“ außer den ehemaligen Fürsten. Da gibt es Rentner von Städten und Privatpersonen für Aufhebung des Rechts auf Erhebung von Pflichten- und Zorgegeldern, Wege- und Markttaggaben. So beantragt Hans Joachim von der Schulenburg für das Mitteltal Weegendorf rund 600 Mark jährlich für den Verlust der Zollgerechtigkeit. Im Regierungsbezirk Münster hat der Erbkaufmann Friedrich Graf v. Galen 1000 Mark jährlich zu beanspruchen. Fürst Gendel-Donnermarc, der Besitzer der Ständeherrschaft Beuthen in Oberschlesien, beansprucht 1000 Mark jährlich als

Entschädigung der Aufhebung der Privatzölle

auf seiner Herrschaft, obwohl inzwischen der größte Teil der Ständeherrschaft polnisch geworden ist. Der Graf zu Lynar in Lübbenau hat fast 800 Mark für Aufhebung verschiedener ehemaliger Rechte und Abgaben an Gewerbeentschädigungsrenten zu verlangen. Als Entschädigung wegen Aufhebung eines rätselhaften „Geleites in Erfurt und Gotha“ stehen der ehemals großherzoglich sachsen-weimarschen Regierung über 24 000 Mark jährlich zu. Der Graf zu Rankau verlangt für die Gutsherrschaft Greifenburg als Entschädigung wegen früherer Zollerrechte die Aufwertung einer Forderung von mehreren hundert Mark. Und der Freiherr v. Hammerstein-Gesold besteht auf Aufwertung seiner Rentenforderung als Entschädigung für aufgehobenes Marktstandgeld in Gesold, das ihm gerade vor hundert Jahren zugesprochen worden ist. Die fürstlich Wiedische Rentkammer in Neuwied besteht auf ihren

Mahlzwangsentwässerungsrenten

für ihre Mühlen im Betrage von mehreren tausend Mark, und der Fürst von Stolberg-Stolberg will seine Rheintroikrente nicht fahren lassen, obwohl sie nur knappe 20 Mark beträgt.

Besonders merkwürdige Verhältnisse scheinen im Regierungsbezirk Wiesbaden zu bestehen, aus dem uns eine Anzahl Kuriosa berichtet werden. Daß Gustav Graf zu Meiningen-Westerburg für seine auf dem Rauber Rheintroik haftende Rente mit fast 12 000 Mark volle Aufwertung verlangt, wird nicht wundernehmen. Etwas merkwürdiger ist schon der Herr Graf v. Matuschka-Greifenflau, der für aufgehobene Blutzehnten und

für aufgehobene Leibeigenschaft

rund 100 Mark jährlich beansprucht. Also weil die Vorfahren von und zu Matuschka-Greifenflau ihre Leibeignen einmal freigelassen haben, soll jetzt die deutsche Republik eine ewige Rente zahlen, wenn auch freilich der Graf es billig macht. Grotesk wird aber die Angelegenheit, wenn, wie aus Wiesbaden berichtet wird, der Herr Rechtsanwalt Stükelberg in Basel (Schweiz), weil seine Frau eine Frein v. Breidenbach ist, folgende Ansprüche geltend macht:

Table with 2 columns: Item description and Amount. Items include Staatsrenten im Grunde Breidenbach, Jagdrenten daselbst, Jagdrenten in Eichenhausen, gütsherrliche Renten im Grunde Breidenbach, Judenabgabe, and Einzugsgelder in Breidenbach.

Der Herr Rechtsanwalt aus Basel verlangt natürlich Aufwertung für die Hoheitsrechte seiner Frau, und was ihm recht ist, ist dem Freiherrn Albert v. Breidenbach zu Breidenstein billig, der der preussischen Republik folgende Liquidation aufmacht:

Table with 2 columns: Item description and Amount. Items include Staatsrenten im Grunde Breidenbach, Jagdrenten daselbst, Jagdrenten in Eichenhausen, gütsherrliche Renten im Grunde Breidenbach, Judenabgabe, and Einzugsgelder in Breidenstein.

Noch mancher ähnliche Scherz wird uns aus Wiesbaden berichtet. Bismlich anspruchsvoll ist der Freiherr Schenk zu Schweinsberg. Er verlangt jährlich was folgt:

Table with 2 columns: Item description and Amount. Items include Jagdrenten zu Hermannstadt, gütsherrliche Renten daselbst, Judenabgabe, Rente zu Hermannstein und Naunheim, Mähe, Taugerlaubnisgelder, Einzugsgeld, and Blasen- und Kesselfins.

Und doppelt so viel verlangt derselbe Herr Baron jährlich, weil seine Vorfahren bereits die Forst- und Forsttrügergerichtsbarkeit im Grunde Breidenbach aufgegeben haben. Er verlangt noch mehr. Seit uralten Zeiten hat die freiherrliche Familie einen Anspruch auf

Brauthühner und Brauthäfer,

so oft ein Kind der Familie in den Ehestand tritt. Wegen dieser Rente sollte der Baron eigentlich abgefunden werden. Das hat er abgelehnt, weil er eine Ehe blühender Kinder besitzt und für jedes von ihnen die preussische Republik ihm ein Brauthühner und den Brauthäfer oder den entsprechenden Geldbetrag liefern soll.

Alles in allem hat der preussische Staat an diese „kleinen unter seinen großen Herren“ über 200 000 Mark jährlich zu zahlen. Gewiß, Fajching ist's. Aber alles, was hier vor-

Kanal- und Lokaldebatten.

Die Sitzung des Reichstags wird am Montag um 1 1/2 Uhr eröffnet. Das deutsch-türkische Handelsabkommen wird in gezeigter zweiter Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums verhandelt.

Abg. Schick (Komm.) gegen die Arbeiter- und wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung. Die kommunistische Fraktion beantragt die Einstellung des Personalabbaues und die Wiedereinstellung der bereits entlassenen Arbeiter und Beamten. (Der Redner wird wegen beleidigender Redewendungen zur Ordnung gerufen.) Die Reichsbahnverwaltung habe angeblich kein Geld für die Arbeiter übrig, aber für Korruptionsfälle unter den höheren Beamten sei genug Geld da. Besonders im Direktionsbezirk Offen sei die Verwaltung von oben bis unten korumpiert.

Abg. Reil (Soz.):

Der Hauptauschuss hat die Position für den Redar-Kanal ohne Widerspruch angenommen. Der Abgeordnete Ganemann hat in der vorigen Sitzung kritische Bemerkungen über den Bau des Redar-Kanals gemacht, die er dem Hauptauschuss vorenthalten hat. Das fällt um so mehr auf, als Ganemann das höchste Ziel seiner parlamentarischen Wirksamkeit darin erblickt, aus freundschaftlicher Fürsorge Württemberg vor dem Schaden zu bewahren, der ihm aus dem Redar-Kanal erwachsen könnte. Natürlich sind die Motive Ganemanns, wie immer, wenn der Nachbar dem Nachbar bei Meinungsverschiedenheiten Rat schlägt, gut und edel. Das Verhältnis der benachbarten deutschen Länder zueinander war ja von alters her stets von aufrichtiger Selbstlosigkeit beherrscht, weshalb wir auch als das von besten nationalen Gemeinschaftsgeistes erfüllte Volk in der Welt gelten. Aber Ganemann stößt auf Gemeinnütze, selbst in seiner babylonischen Heimat. Ob man in einer späteren Zukunft einmal mit Zwölfhunderttausend Tonne-Schiffen die Schwäbische Alb überflutet wird, oder ob die Luftmotoren der württembergischen Industrie in Lauffagen mit Luftschiffen besetzt werden, darüber wird heute nicht entschieden. So wenig aber unsere Vorfahren mit dem Bau von Eisenbahnen gewartet haben bis die letzten technischen Probleme einer rationalen Überwindung von Entfernungen gelöst waren, so wenig dürfen wir den Bau des Kanals noch weiter verschieben. Die Fachmänner des Verkehrsministeriums sind sämtlich nach Lösung der verkehrspolitischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Momente zu dem Ergebnis gekommen, daß der Kanalbauplan durchzuführen ist. Das ist wohl auch die persönliche Meinung des Reichsverkehrsministers. Abg. Ganemann hat sich darauf berufen, daß auch in Württemberg nicht nur Kanalbegünstigung herrsche. Daraus ist so viel richtig, daß eine ihm politisch nahe liegende Gruppe noch gegen den Kanal ist. Nach Meinung dieser Gruppe ist die moderne Industrie- und Handelsentwicklung verderblich und muß Deutschland wieder in den reinen Agrarstaat zurückverwandelt werden. Aber diese Gruppe wird immer kleiner.

Bei der letzten Kreditvorlage für den Kanal im württembergischen Landtag haben wir Sozialdemokraten den Kanalgegnern das Gewissen geistert. Wir enthielten uns der Stimme, um die landwirtschafter Feinde der modernen Entwicklung auf die Probe zu stellen, ob sie die Vorlage ihres deutsch-nationalen Staatspräsidenten zu Falle bringen würden. Der Erfolg bestand darin, daß eine ganze Anzahl Abgeordneter, die bisher rein gelagert hatten, jetzt ja sagten. Als Gegner blieb nur noch ein halbes Dutzend ganz Verblödete, für die die Welt an den Grenzen der Gemeindegemeinschaft aufhört. Kein einziger Mensch kann in Württemberg wegen der Schiffahrtsgefahren zum Scheitern zu bringen; denn das Wirtschaftsleben dieses weiten von den Quellen der Rohstoffe und von den großen Verkehrsstrahlen gelegenen Landes drängt mit Macht nach dem engen Anschluß an das Verkehrsnetz der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft. Der Kanal würde auch dann gebaut werden, wenn die landschaftlich-ästhetischen Bedenken so beachtlich wären, wie sie unbegründet sind. Die weisen Väter jener Städte, die in der ersten Periode des Eisenbahnbaues sich aus ästhetischen Gründen dagegen wehrten, daß man die Schienenstränge in ihre Nähe lege, haben bei ihren Kindern und Kindeskindern keinen Dank gemerkt. Waren es nicht auch ästhetische Gründe, die bis vor kurzem die Berliner Straßenbahnen zwangen, mit Akkumulatorenbetrieb am Vandenburger Tor zu fahren, weil man das Leistungszentrum hier nicht dulden wollte? Sprechen nicht starke ästhetische Gründe gegen die Masten und Balken und Antennen, die unsere Gärten und Höhen zieren, um der Verbreitung der Radiowellen zu dienen? Trotzdem fällt es niemand ein, der

Entwicklung dieser modernsten technischen Errungenschaft aus ästhetischen Gründen Schwierigkeiten zu machen. Wir werden aus all diesen Gründen den deutsch-nationalen Verschleppungsantrag ablehnen. (Lebh. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Wieland (Dem.) begründet einen Antrag auf Behebung des Postens des Staatssekretärs im Reichsverkehrsministerium mit einem Techniker.

Abg. Mollath (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die hohen Anliegerbeiträge zur Wegeunterhaltung. Das Kanalnetz müsse verbolksständigt und der Ausbau der Hafenanlagen gefördert werden. Abg. v. Rheinbaben (D. Wpt.) bespricht die mißliche Lage im niederschlesischen Kohlenbergbau, die sich neuerdings noch verschlechtert habe.

Abg. Groß (Ztr.) wünscht ein gemeinsames Arbeiten von Reich, Ländern und Gemeinden in der Organisation und der Verwaltung der Wasserstraßen. Unverständlich sei es, daß jetzt ein Sturm gegen den Redar-Kanal gerade von solchen Kreisen entfacht werde, die sich früher für seinen Bau eingesetzt hätten.

Reichsverkehrsminister Krohne:

Die hier vorgebrachten Bedenken gegen eine einheitliche Wasserstraßenorganisation haben zu sehr lokale Färbung getragen. Die außerordentlich komplizierten Verhältnisse lassen es empfehlen, eine eingehende Aussprache darüber zurückzustellen, bis der in Arbeit befindliche Gesetzentwurf dem Reichstag vorliegt. Die Differenzen zwischen dem Reich und der Reichsbahnverwaltung lassen sich nur nach sachlichen Gesichtspunkten lösen. Der Bau von Kanälen hat sich in den letzten Jahren deshalb nicht schneller fördern lassen, weil die Möglichkeit zur Aufnahme von Anleihen für diesen Zweck nicht gegeben war. Ueber die Finanzlage der Eisenbahn soll ein Ueberblick gegeben werden, sobald der Abschluß der Verwaltung vorliegt. Die Beteiligung des Reiches am Luftverkehrswesen soll in einer Weise erfolgen, daß der freie Wettbewerb nicht gefährdet wird. Bei den Bauten für die Wasserstraßenpolizei soll das Handwerk berücksichtigt werden. Die Verkaufsstellen auf den Bahnhöfen müssen sich nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung richten. Was die Anlage des niederschlesischen Kohlenbergbaues anlangt, so sei die Regierung bemüht, das Notwendige zu tun. Leider konnten aber weitere Tarifermäßigungen bei der Reichsbahn nicht erreicht werden. Die Kanalalisierung wird durchgeführt.

Ministerialdirektor Gutzbrunn behauptet, daß die Arbeiter im Brandleitertunnel rechtzeitig über die Umleitung eines Zuges unterrichtet gewesen seien. Das unsichtige Wetter habe einen Teil der Arbeiter daran gehindert, den einfallenden Zug rechtzeitig zu bemerken. Der Unfall sei darauf zurückzuführen, daß die von der Reichsbahndirektion Erfurt entlassenen Bestimmungen nicht beachtet worden waren. Der Notenfürer sei mit dem notwendigen Verbandzeug ausgerüstet worden. Die Verletzten habe man erst im Bahnhof von Oberhof verbunden und dann ins Krankenhaus geschafft. Die starke Rauchentwicklung sei auf die Verwendung englischer Kohle zurückzuführen, aber es sei an die Lokomotivführer Anweisung erteilt worden, bei der Feurrung vor der Einfahrt in den Tunnel darauf Rücksicht zu nehmen. Der Regierungsvertreter wendet sich dann gegen die Auffassung, daß die Zahl der Unfälle bei der Eisenbahn stark zugenommen habe. Sie hätten sich im Gegenteil von Jahr zu Jahr verringert und erreichten bald wieder die Zahlen von 1912 und 1913. Auf den deutschen Bahnen seien die Unfallziffern weit günstiger als im Ausland. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen solle auch in der nächsten Zeit gefördert werden. Für Bayern werden im nächsten Jahre 70 Prozent aller vorgeesehenen Mittel aufgewendet. Die Pläne zur Elektrifizierung der Anschlußbahnen an die Schweiz lägen schon seit zwei Jahren fertig vor, aber aus Mangel an Mitteln hätten sich bisher nicht ausgeführt werden können.

Abg. Stöhr (Völk.) führt die Mißbilligkeiten mit der Reichsbahnverwaltung auf die Dames-Gesetze zurück.

Der Reichsverkehrsminister Krohne wendet sich gegen die Behauptung, daß der Generaldirektor 200 000 Mark jährlich an Gehalt beziehe. Die Bezüge der leitenden Beamten der Reichsbahnverwaltung richteten sich nach dem Reichsbahnbeamtengezet, die des Generaldirektors erreichten bei weitem nicht die Summe von 100 000 Mark.

Abg. Myers (Wirtsch. Vgg.) begründet einen Antrag, in Verbindung mit den Uferländern schnellstens Maßnahmen zu treffen, durch die dem Uferabbruch an der Unterelbe Einhalt getan werde. Gegen 7 Uhr verlegt sich das Haus auf Dienstag nachmittags 1 Uhr Fortsetzung der Beratung vom Montag.

getragen wurde, ist kein Faltnachtscherz, ist Wirklichkeit. Diese Gespenster aus einer vergangenen Zeit spuken wirklich noch in der deutschen Republik. Gewiß nicht nur in Preußen. Nicht anders mag es in den andern Ländern aussehen. Man duldet diese Dinge, weil man sie nicht kannte.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Bundesgenossen der Reichsbahn.

Die von allen guten Geistern verlassene Reichsbahnverwaltung, deren Personalpolitik allgemeiner Mißbilligung begegnet, hat merkwürdigerweise einen Bundesgenossen gefunden. Der Staatssekretär a. D. Bogi, Direktor der deutschen Reichsbahn, hat vor dem Verkehrsausschuss am 11. Februar einen Vortrag gehalten über den „Reichsbahnkonflikt mit dem Reichstag“. Ohne einen Korreferenten zu hören, hat der Verkehrsausschuss der Handelskammer im Anschluß an diesen Vortrag eine Entschließung gefaßt, in der er sich nicht nur gegen irgendwelche Erhöhung der Tarife wendet, vielmehr noch wie vor eine heftige Senkung dieser „Tarife für dringend wünschenswert“ hält.

Weil jedoch eine solche Senkung nur auf Kosten des Reichsbahnpersonals gehen kann, wendet sich dieser Verkehrsausschuss dagegen, daß der Reichsbahn durch Gehalts- und Lohnerhöhungen zwangsweise Mehrausgaben aufgebürdet werden.

Diese Stellungnahme ist bei der engen Verbindung zwischen der Lohnpolitik der Industriellen und der der Reichsbahnangehörigen, bei der diese infolge ihrer besonderen Stellung als Vorposten dienen muß, nicht weiter verwunderlich. Nichtsdestoweniger ist die Heber-Dames-Pflichterfüllung dieser Kreise bezeichnend. Der Reparationskommission für die Reichsbahn würde früher nicht so weit gehen, auf höhere Löhnerhöhungen zu dringen, wenn sie nur auf Kosten der Verelendung der Reichsbahnarbeiter und uralten Reichsbahnbeamten möglich sind. Um so weniger, als die bemerkenswerte Lohn- und Gehaltspolitik der Reichsbahn, die den engstirnigsten Schwarzmachern zu gefallen bemüht ist, auf die Dauer zu einer großen Gefahr für die Reichsbahn werden muß, trotz aller ausgeklügelten Klistigkeiten, wie dem sogenannten Bahnschutz und der Streikabwehr.

Kein Tariffriede im Bankgewerbe.

Mit einer Schmelzhitze, die in den Kreisen der freigewerkschaftlich organisierten Bankangestellten peinlich überträgt hat, wurde vom Reichsarbeitsminister unmittelbar nach der letzten Versprechung zwischen den beiden Parteien im Arbeitsministerium über den vor kurzem gefaßten Schiedsspruch für das Bankgewerbe verbindlich erklärt. Wenn es sich um Schiedssprüche han-

delt, die zufällig einmal für die Arbeitnehmer verhältnismäßig günstig ausfallen, dann arbeitet das Reichsarbeitsministerium, wie die Erfahrungen lehren, gewöhnlich nicht so prompt. Dann dauert es oft Monate, bis eine Verbindlichkeitsklärung kommt.

Der nun für verbindlich erklärte Schiedsspruch ist für die Angeestellten durchaus unbefriedigend; denn er schraubt die Arbeitszeit auf eine unerträgliche Höhe. Der Schiedsspruch befriedigt nur die Unternehmer, und wenn diese jetzt in der Presse mitteilen lassen, die Bankleitungen mühten sich erst einmal zur Verbindlichkeitsklärung Stellung nehmen und erst nach ihrer Entscheidung hänge der Tariffriede im Bankgewerbe ab, so ist das alles nichts andres als Theater, das von niemand ernst genommen werden kann.

Die Verschlechterung der Arbeitszeit wird von den freigewerkschaftlich organisierten Bankangestellten nun erst recht mit dem schärfsten Kampf für die Wiederherstellung des Achtstundentags und gegen den Abbau der Arbeitskräfte im Bankgewerbe beantwortet werden. Bedauerlich ist nur, daß die nicht freigewerkschaftlichen Organisationen der Bankangestellten sich dem Druck der Bankleitungen so leicht fügen haben. Waren sie etwas aktiver gewesen, hätten sie die ihnen nahestehenden Reichstagsfraktionen gegen den Schiedsspruch stark gemacht und nicht die Hände in den Schoß gelegt. Dann wäre die Verbindlichkeitsklärung des jüngeren vom Schlichter Dr. August Müller gefällten Schiedsspruchs vom 23. Dezember, der eine bessere Arbeitszeitregelung will, erzwungen worden.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums bringt keinen Tariffrieden, das wird sich voraussichtlich schon am kommenden Mittwoch im Reichstag zeigen, wo die Verbindlichkeitsklärung im Mienum des Reichstags durch die Stellungnahme der Sozialdemokratie ein heimes Nachspiel haben wird.

Die Rast-Industriellen lehnen ab. Die Arbeitgeberverbände haben den Schiedsspruch für die Rast-Industrie abgelehnt. Die Bergarbeiterverbände nehmen den Schiedsspruch, dessen Erklärungsfrist am 15. Februar abgelaufen ist, an.

Reichstagsfraktionen im Bankgewerbe. Bei den Verhandlungen am Sonnabend haben die Parteien vereinbart, vor dem Ablauf der Erklärungsfrist am Mittwoch den 17. Februar über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen nichts zu veröffentlichen. Die „Vossische Zeitung“ brachte jedoch eine Mitteilung aus der „Welt“, wonach die Verhandlungen „erregt geendet“ seien. Diese Mitteilung ist falsch. Die Frage der Bildung eines zentralen Schiedsgerichts ist noch nicht abgeschlossen. Ein Schiedsgericht kann erst nach Abschluß der Verhandlungen gebildet werden.

# Nachrichten aus der Provinz.

## Die Wochenfürsorge.

Unter der Wochenfürsorge versteht man die Fürsorge, welche die Bezirksfürsorgeverbände (Wohlfahrtsämter) den hilfsbedürftigen Wöchnerinnen gewähren müssen, die nicht Wochenhilfe von einer Krankenkasse erhalten. Diese neuzeitliche Wochenfürsorge ist geboren aus den bevölkerungspolitischen Bestrebungen, die der Krieg auslöste. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Wochenhilfe genügt nicht den durch den Krieg hervorgerufenen Anforderungen, sowohl was den Umfang der Leistungen als auch den Kreis der Wöchnerinnen anbelangt.

Es wurde deshalb die Fürsorge ausgedehnt auf die Entbindungshilfen, die Stillegelber usw., und es wurde auch bestimmt, daß alle „unbermittelten Wöchnerinnen“, selbst wenn sie mit einer Krankenkasse in gar keiner Verbindung stehen, die Leistungen erhalten. Die letzten Gedanken der Reichsversicherungsordnung über die Wochenhilfe genügt nicht den durch den Krieg hervorgerufenen Anforderungen, sowohl was den Umfang der Leistungen als auch den Kreis der Wöchnerinnen anbelangt.

In der Provinz Sachsen haben in den letzten Monaten bezirksweise auf Einladung des Landesfürsorgeverbandes Konferenzen der Wohlfahrtsämter stattgefunden, in denen Vereinbarungen über jene Wohlfahrtsämter getroffen wurden, in denen Vereinbarungen über jene Einkommenssätze getroffen wurden. Man einigte sich allenthalben dahin, daß diese Einkommenssätze den 2/3 bis 3/4 des Betrag der Nichtsätze für die öffentliche Unterstüzung betragen sollen. Demzufolge beschloß z. B. eine Konferenz für den Nord- und Ostharz und benachbarte Bezirke, daß die Wochenfürsorge eintreten soll, wenn das Einkommen der letzten drei Monate der Wöchnerin oder deren Familie den Betrag von 315 Mark in Orten der Ortsklasse A, 292,50 Mark in Orten der Ortsklassen B und 270 Mark in Orten der Ortsklasse C und D nicht erreicht hat. In andern Bezirken der Provinz Sachsen sind höhere Einkommenssätze festgesetzt worden; sie gehen bis 370 Mark. Im Land Anhalt hat der Bezirksfürsorgeverband einheitliche Einkommenssätze, abgestuft nach Ortsgruppen, fürs ganze Land festgesetzt.

Zu gewahren sind nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit ärztliche Behandlung, Entbindungskostenbeitrag und Wochenlohn, dazu bei Wöchnerinnen, die ihr Kind stillen, außerdem Stillegeld. Die Hilfe soll das sicherstellen, was die Krankenversicherung den Familienangehörigen eines Versicherten gewährt (Familienwochenhilfe). An die Stelle harter Beihilfen können auch Sachleistungen treten. Die Reichsversicherungsordnung, die hier in Frage kommt, sieht als Wochenhilfe in den §§ 195a und 205a vor: freie ärztliche Behandlung (also Bereitstellung eines Arztes), falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung sowie bei Schwangerschaftsbeschwerden ein Wochenlohn für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Niederkunft ein Stillegeld bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Die Höhe der Beiträge hat in den letzten Jahren im Hinblick auf den wachsenden Geldwert sehr geschwankt. Mindestens soll durch den Bezirksfürsorgeverband das sichergestellt sein, was die Ortskrankenkasse als Familienwochenhilfe gewährt. Als Sachleistung statt harter Beihilfen kann Aufnahme in eine Entbindungshaus gewährt werden. Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung erfüllt. Bisher betragen die Leistungen: Entbindungskostenbeitrag 25 Mark, Wochenlohn 50 Pf. und Stillegeld 25 Pf. täglich. Das ist sehr wenig; der Bezirksfürsorgeverband kann aber auch mehr gewähren.

## Die Viehschlachtungen in Preußen.

Wie der „Allgemeine Preussische Freischafer“ der „Städtischen Anzeigendruckerei“ entnehmen, wurden im letzten Vierteljahr 1925 in Preußen an heimischem Vieh geschlachtet: 34 800 Pferde, 943 000 Stück Rindvieh, 3 250 000 Schweine, 383 000 Schafe und 27 000 Ziegen. Im Rindvieh wurden 30 000 Stück mehr geschlachtet als im letzten Vierteljahr 1924.

Kaputtgeht für die Verteilung des Umsatzes der Schweinefleischungen ist die unangenehme Zahl der auf Trichinen untersuchten Schweine, da sie außer den gewöhnlichen noch die meisten Hausfleischungen umfaßt. Hier zeigt sich, daß an Schweinen im letzten Vierteljahr rund 114 000 Stück weniger geschlachtet waren als im vorjährigen Vierteljahr. Eine ähnliche Bewegung zeigt sich bei den Schafschlachtungen, deren Zahl im letzten Vierteljahr 1925 um 800 Stück hinter der Zahl der entsprechenden Monate 1924 zurückgeblieben ist.

Durch den erheblichen Ueberzucht im vorangegangenen letzten Vierteljahr sowie in der ersten Jahreshälfte waren jedoch die heimischen Schlachtungen im ganzen Jahre 1925 wesentlich zahlreicher als im Vorjahr. Sie ergaben ein Mehr von nahezu 400 000 Stück Rindvieh, 742 000 Schweinen, 300 000 Schafen und 22 000 Ziegen; hinter dem Stand vor dem Krieg blieb die Erzeugung allerdings noch erheblich zurück.

## Kreis Renhalbensleben.

### Achtung, Erwerbslose des Kreises!

Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft zu Freitag den 26. Februar, normiertig 11 Uhr, nach Renhalbensleben im Saal von R. Herzog eine Konferenz der Erwerbslosen.

mit folgender Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten der Erwerbslosen (Referent: Genosse Feldmann, Renhalbensleben). 2. Freie Aussprache.

Genossen! Bei der großen Arbeitslosigkeit ist es dringend notwendig, daß sich die arbeitslosen Genossen über ihre Rechte und Pflichten informieren. Immer wieder gelangen an das Arbeitersekretariat Fragen und Beschwerden über das Vorgehen einzelner Gewerkschaften gegen die Erwerbslosen. Diese Beschwerden sind teilweise begründet, aber zum anderen Teil auch auf die Unkenntnis der erwerbslosen Kollegen über die gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen. Die Erwerbslosen einzelner Gemeinden müssen sofort zu dieser Konferenz Stellung nehmen und einen oder mehrere Vertreter bestimmen, welche an dieser Konferenz teilnehmen. Jede Gemeinde, die Erwerbslose hat, muß auf dieser Konferenz vertreten sein. Zutritt zu dieser Konferenz haben nur solche Genossen, welche sich durch ihr Verbandsbuch und durch die Arbeitslosenkarte ausweisen können.

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Renhalbensleben und Umgebung. J. A. G. Feldmann.

Arzt und Wundärztliche. Die Ortsausschussführung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war gestern auf Einladung des Sekretärs für das Bezirksjahr 1925 nach Renhalbensleben, weil eine Konferenz über die gegenwärtigen Arbeitslosensituation zu dieser Zeit notwendig ist. Die Sachverständigen sind nur von den Arbeitgebern zu geben. Ein Schreiben an den Regierungspräsidenten, betreffend der Erwerbslosenunterstützung für die jugendlichen Erwerbslosen wird bekanntgegeben. Auf die Konferenz der Arbeitslosen wird ausdrücklich gemacht. Genosse Herzog beruft über eine Sitzung der Jugendkommission nach Genosse Herzog über eine Sitzung der Jugendkommission. Aufgegeben hat Genosse Feldmann einen Vortrag über

# Kreistag in Calbe.

für die Erwerbslosen

Der neugewählte Kreistag ist am Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Verschiedene neue Gesichter waren zu bemerken. Die rechte Seite ist trotz aller Anstrengungen im Wahlkampf und trotz ihrer gegängigen unwahren Parole von der Majorität der sozialdemokratischen Mehrheit mit dem roten Randrat, in der Minderheit geblieben. 18 bürgerliche Abgeordnete verkörpern vier politische Parteien. Trotzdem sie sich den Anschein geben, alle eine „Fraktion“ zu bilden, stehen die Mittelständler und von Abensleben von den Deutschnationalen im entscheidenden Augenblick, nur um eben Interessenpolitik zu vertreten, außerhalb ihrer Fraktion. Auch ein Arbeiter in der Person des Herrn Kuhlmann sitzt still in den Reihen der Deutschnationalen. Man sieht es ihm an, daß er selbst fühlt, nur als Ausschüßel von den Bürgerlichen benutzt zu sein. Die Kommunisten scheinen, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wieder auf „höheren Befehl“ anders herum. Wir Sozialdemokraten werden jedenfalls dafür sorgen, daß im Kreistag fruchtbringende Arbeit geleistet wird, damit den Sozialhilfsbedürftigen und allen andern Fürsorgeempfängern eine ausreichende soziale Fürsorge im Rahmen des Möglichen gesichert wird.

Landrat Genosse Wolf eröffnete den Kreistag mit einer Ansprache. Seit der Wahl des letzten Kreistages haben sich die Zeiten gewaltig geändert. Die Unruhe in der Politik, die Wirtschaftskrise, hat viele Staatsbürger, insbesondere die arbeitende Bevölkerung im Kreise, auf ein tiefes soziales Niveau herabgedrückt. Der alte Kreistag hat segensreiche Arbeit für den Kreis geleistet. Dem neugewählten stehen besondere Aufgaben bevor. Es gilt besonders das Gewehr der Arbeitslosen durch die Wirtschaftskrise hindurchzuführen.

### Kostbararbeiten

Sollen soweit wie möglich in Angriff genommen werden. Neue Arbeit wird erschlossen durch die in Calbe vorhandene Grube Wolf, die wahrscheinlich bald mit dem Abraum beginnen wird.

Die Gemeinden Lößberg und Wittenleben benötigen unbedingt Wasser. Durch die dort vorhandenen Gruben ist diesen Gemeinden das Wasser entzogen. Wenn eine Katastrophe verhindert werden soll (die bei einer Epidemie sofort herausbesprochen wäre), muß sofort von Staßfurt her, den Gemeinden Anschluß an das Wassernetz verschafft werden. Die Grubenbesitzer Preußag und Jakobgrube nehmen eine Schadenersatzpflicht ab. Es bedarf noch sehr vieler Arbeit, um hier den Gemeinden Hilfe zuteil werden zu lassen. Der Kreis hat infolge des Gefahrenzustandes zu günstigen Bedingungen ein Darlehen bereitgestellt.

Die Wohlfahrtsvereinigungen für das Kreisföhrerholungsheim in Ebenau, ebenso das Marienstift in Warby als Blindenanstalt der Provinz müssen erhalten bleiben. Das Heimatmuseum mit den Abteilungen Schönebeck und Staßfurt wird weiter ausgebaut werden. Für Wohnungsbau wurden aus der dem Kreis zur Verfügung stehenden Pauschalsteuer im Jahre 1925 123 300 Mark an Hypotheken verlichen. Dafür wurden 38 Häuser mit 59 Wohnungen gebaut. Ein besonderes Augenmerk muß dieser wichtigen Frage zugewendet werden. Neue sozialfürsorgliche Maßnahmen müssen entsprechend den veränderten Verhältnissen ergriffen werden. Der neue Kreistag wird durch sachliche Arbeit dafür zu sorgen haben, daß es vorwärts im Kreise geht.

Nachdem die neuen Kreisratsabgeordneten eingeführt waren, wurde eine neue Geschäftsordnung für den Kreis angenommen. Einige unwichtige Änderungsanträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Dann hatten die Kommunisten einen Agitationsantrag eingebracht, den Erwerbslosen eine 100prozentige Erhöhung der Unterstüzung zu geben. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Sozialdemokraten hatten, um positive Arbeit

zu leisten, folgende Entschüßelung, die einstimmig von dem Kreistag angenommen wurde, eingebracht:

Die Lage der durch die Wirtschaftskrise erwerbslos gewordenen Arbeiter und Angestellten in den Städten und größeren Ortschaften des Kreises Calbe ist eine verzweifelte. Kreis und Gemeinden sind nicht in der Lage, die furchtbare Not nennenswert zu lindern, sofern die Reichsregierung nicht helfend eingreift. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die dringende Not zu beseitigen.

Dringend notwendig ist: 1. Allgemeine Erhöhung der Unterstüzungssätze entsprechend der allseitigen Notlage der Erwerbslosen. 2. Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstüzung. 3. Beseitigung der ungerechten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung für Erwerbslosenunterstüzung, die den Arbeitslosen jede Unterstüzung versagen. Die §§ 9 und 18 der Verordnung aufzuheben oder schnellste Einföhrung der Arbeitslosenversicherung. 4. Verlängerung der Unterstüzungsdauer für Erwerbslose im Falle längerer Erwerbslosigkeit und weitgehendste finanzielle Unterstüzung der Kreise und Gemeinden bei Durchführung von Notstandsarbeiten.

Die Vertreter des Kreises Calbe erblickten in der Durchführung dieser Punkte das Beste, was im Interesse der Erwerbslosen geschehen muß und erwarten von der Reichsregierung schnelle und durchgreifende Hilfe.

Für eine Jagdsteuerordnung im Kreise waren die Kommunisten nicht zu haben, obwohl der höchstzulässige Steuersatz festgesetzt war. Sie stimmten dagegen; bereimt mit ihnen auch als einziger von den Bürgerlichen von Abensleben. Jedemfalls fällt auch dieser Herr unter die Steuerordnung und deshalb stellte er die Koalition mit den Kommunisten her. Die Erhebung einer Schanksteuer rief den Lehrer Schulze (Wangendorf) von der Mittelständlerpartei auf den Plan. Auf keinen Fall dürfe Wohlfahrtsvereinigungen diese Steuer erlassen werden. Sehr deutlich war da die eigennützige Stimme eines Interessentengruppe herauszuhören. Begrüßlich bemühte sich Abg. Mahne von der gleichen Partei, außer den Kommunisten auch noch die Bürgerlichen zu überzeugen. Gegen die Stimmen der Mittelständler und Kommunisten wurde die Ordnung angenommen.

### Die Wahl des Kreisratsausschusses

ergab wieder Uneinigkeit unter den Bürgerlichen. Drei Vorschlagslisten waren eingereicht. Eine S. P. D. und K. P. D., eine vom Mittelstand und eine von der Volkspartei und den Deutschnationalen. Die Wahl ergab als Kreisratsauschüßelmitglieder drei Sozialdemokraten, einen Kommunisten und zwei Bürgerliche. Damit ist die rote Mehrheit gesichert. Dann folgten die Ausschüßelwahlen. Für die Rechnungsprüfungskommission wurden zwei Arbeitervertreter und zwei Bürgerliche gewählt. Im Verwaltungsausschüßel besteht daselbe Verhältnis.

Für die Schiedsmannsbereiche Eisdorf, Gnadau, Borne, Lößberg, Neugatterleben wurden Bürgerliche gewählt. Die Wahlen der Vertrauensmänner für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen für die Amtsgerichtsbezirke Alten, Warby, Calbe und Schönebeck ergaben mit einigen Abänderungen die Bestätigung der bisher gewählten Vertrauensmänner.

Für die Verwaltung der Gebäudeentwässerungssteuer wurden Steuerzuschüsse von je vier Mitgliedern und vier Stellvertretern für die Katasteramtsbezirke Calbe und Groß-Calbe gewählt. Die Steuerzuschüsse für die Finanzämter Schönebeck und Calbe wurden ebenfalls nach der eingereichten Vorschlagsliste gewählt.

Mit einem zusammenfassenden Schlußwort des Landrats an die Kreistagsabgeordneten wurde die Sitzung geschlossen.

Änderungen und Entscheidung zur Verordnung über Erwerbslosenunterstüzung. Er wies besonders darauf hin, daß Pflichtarbeit nur die Verwaltungskosten deckt, nicht aber die Gemeindebedürftiger oder sonstige Personen anordnen können. Die Dauer der Pflichtarbeit soll in der Regel 16 Stunden in der Woche nicht übersteigen. Sehr viele Gemeindebedürftiger bestimmen einseitig Pflichtarbeit für ihre Erwerbslosen, ohne daß der Verwaltungsausschüßel hierin etwas erfährt; dies ist nicht zulässig. Hieran schloß sich eine lebhafte Aussprache. Es wird verlangt, eine Konferenz sämtlicher Erwerbslosen im Kreise Renhalbensleben stattfinden zu lassen. Unter Verschiedenes teilte Genosse Winter mit, daß die in der vorigen Sitzung verlangte Demonstration gegen die Fürstenabfindung den Vorstand beschäftigt hat und dieser die Demonstration ablehnt, da es sich um eine politische Forderung handelt und dies Aufgabe der politischen Parteien ist. Genosse Feldmann weist auf die Neuwahl der Betriebsräte hin. Eine Vollversammlung der Betriebsräte findet am Donnerstag den 25. Februar, abends 8 Uhr, bei Bergog statt. Weiter weist er auf die am 28. d. M. stattfindende Jugendweihung hin. Nachdem noch eine Anzahl arbeitsrechtlicher Fragen besprochen waren, woran sich insbesondere die Genossen Schoof, Schmidt und Feldmann beteiligten, konnte die interessante Sitzung geschlossen werden. Die Federarbeiter-Versammlung am letzten Sonnabend war gut besucht. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache über die Arbeitsverhältnisse in der Handchuhindustrie, wobei besonders das Vorgehen der Firma Albrecht gegen die Verbandskollegen einer kritischen Betrachtung unterzogen wurde. Feldmann gab dann Aufklärung über das Verhalten bei Eintritt in die Erwerbslosigkeit. Besonders ist die Kurzarbeit auf dem Entlassungsschein zu betonen. Die Frage der Lehrlingsausbildung soll in der nächsten Versammlung besprochen werden.

Kreisbesuch. Frauen-Unterhaltungssabend am Mittwoch abends 8 Uhr bei Herzog. Genosse Bruno Schneider (Magdeburg) wird durch ernste und heitere Darbietungen den Abend verschönern. Alle Genossen müssen unbedingt in dieser Zusammenkunft erscheinen; auch die Genossen haben Zutritt. Die Sprechstunden im Arbeitersekretariat finden bis zum 27. Februar am Dienstag und Donnerstag normiertig wegen auswärtiger Tätigkeit des Sekretärs nicht statt. Die Rat- und Anstufstuden müssen daher in die Nachmittagsprechstunden kommen.

## Kreis Wangeln.

Bezirksrat. Generalversammlung des Schreibergartensvereins. Die Versammlung war von über 300 Mitgliedern besucht. Der Vorstand gab den Geschäfts- und Lagebericht. In dem letzten Bericht hatten mancherlei Gerüchte herangezogen über Unstimmigkeiten im Aufwachen des Vereins. Es wurde in der Versammlung festgestellt, daß der frühere Kassierer, der Postkassierer Deinhorn, Mitglied im Stuhlheim, mehr als 600 Mark des Vereinsgelbers veruntreut hat. Jedenfalls ist der Stuhlheim der Auffassung, daß durch solche Veruntreutungen des Vereins der Verdammung zur Post und ihren Vorzügen gefördert wird. Der Vorstand hat jedoch Vorzüge getroffen, daß dem Verein kein dauernder Schaden erwächst. Durch solche beharrlichen Seitenblicke eines Genossen darf die gesunde Entwicklung des Vereins keineswegs nehmen. Genosse Feldmann wurde auch, daß dem für das Sommerhalbjahr angelegten Rechnungsbuch eine Rechnungslegung des Gehalts für die Kontenabrechnung mitgeteilt werden ist. Infolge der Erregung, die diese Zustände herbeiführten, konnte die Versammlung nicht zu Ende geführt werden, sondern mußte nach mehr als stündiger Debatte beendigt werden. Der Vorstand wird un-

gehend eine neue Versammlung einberufen, die sich neben andern wichtigen Dingen mit der Neuwahl des Vorstandes und einiger Ausschüßelmitglieder beschäftigen wird. Deshalb muß auch die zweite Versammlung gut besucht werden.

## Kreis Jerichow 1.

Gammern. Vom Konsumverein. In der Verwaltung des Vorstandes und Ausschüßelrats der Konsum- und Spargenossenschaft wurden sehr wichtige organisatorische Aufgaben beraten und erledigt, die durch die günstige Entwicklung der Genossenschaft notwendig und möglich sind. Die Erweiterung der Genossenschaft wurde eingehend besprochen und empfohlen, zuerst weitere Verkaufsstellen zu errichten. Die Verhandlungen werden schon im Laufe dieser Woche angebahnt. Am den Mitgliedern weitere Erleichterungen zu schaffen, wird das Ausfahren von Koffen und Koffen nach vorheriger Bestellung in den Verkaufslagern in jeder Menge durch eigenes Geppann frei Haus und Stall eingeführt. Die technische Vervollkommnung des ganzen Genossenschaftsbetriebs wird in Angriff genommen, um die Leistungsfähigkeit im Interesse der Genossenschaft zu fördern. Die Genossenschaftler müssen den Vorstand und Ausschüßelrat in seinem Vorhaben tatkräftig unterstützen, indem sie alle Waren bei der Genossenschaft kaufen und immer mehr Mitglieder der Genossenschaft zuföhren. Die Arbeitervertreter im Presbiter, Präsidium, Leitungs- und Gammern müssen eifrig im Interesse der Genossenschaft wirken. Es wäre unfinnig, wenn angestellte Arbeiter ihr sauer verdientes Geld den Geschäften der Gegner hintreten. Die Lösung für jedes Gewerkschaftsmitglied muß sein: Ginen in die Genossenschaft!

## Stadtkreis Burg.

Achtung, Kartellbesitzer! Die am Freitag fällige Kartell-sitzung fällt aus, sie findet bestimmt am Freitag den 26. Februar statt. Einleitendes Schöffengericht.

Der Kaufmann R. A. ist an-gelagt, seit 1922 seine Handelsbücher so unordentlich geführt zu haben, daß eine Ueberprüfung seines Vermögens unmöglich war, auch hat er zur vorgezeichneten Zeit keine Bilanz aufgestellt. Er gründete 1920 ein Kolonialwaren-Großverhandlungsgeschäft, ließ aber erst 1922 seine Firma eintragen, angeblich deshalb, weil ihm ein vorhandenes Grundstück gefehlt habe. In der Inflation ging das Geschäft gut, er geriet aber nach der Stabilisierung in Zahlungs-schwierigkeiten. Allein an einer Schmalzlieferung will er 7000 Mark eingekauft haben. Ein Angefallener fand im September die Bücher in größter Unordnung und ein Minus von 30 000 Mark. Er gab 2 den Rat, den Konkurs anzumelden. Es wurde der Richter Herr Sch. hinzugezogen, der Aktien von 15 000 Mark und Passiven von 52 000 Mark errechnete. Der Konkursverwalter S. erklärte in der Verhandlung, daß noch eine Restschuld in Höhe von 40 000 Mark an die Gläubiger besteht, davon wurde allerdings eine Sicherheitshypothek der Kreispartei auf das Grundstück von 25 Frau ab. Das Konkursverfahren selbst wurde aufgehoben. Der Angefallene entschloß sich darauf, daß er nicht genügend Zeit gehabt habe, um sich um die Durchführung zu kümmern. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß der Angefallene passiv zu machen sei, und erlaubte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen. Eine beantragte Situationsaussetzung wurde abgelehnt.

Zur Blutreinigung und Aufreicherung der Körperflüssigkeiten haben sich die Segura-Biller behöhrt. — 1,25 und 2,00 Mk. Hof-Apothek Magdeburg, Breiter Weg 158.

# Generalversammlung der Partei.

Die Generalversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg fanden in früheren Jahren im Monat Mai statt. Durch Verlegung des Geschäftsjahrs auf das Kalenderjahr finden sie in Zukunft bereits im Februar statt. Die diesjährige Generalversammlung tagte am Montagabend bei gutem Besuch im „Wilhelmshaus“. Der Vorsitzende gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der 42 verstorbenen Genossen des Ortsvereins. Die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Neben den geschäftlichen Aufgaben, der Entgegennahme der Geschäftsberichte und der Wahlen, stand als Hauptpunkt auf der Tagesordnung ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Waber über den

### Raubzug der Fürsten.

Der Vortrag sollte den Parteimitgliedern zur Aufklärung dienen über die unverhältnismäßigen Forderungen der ehemaligen Herrscher. Er sollte aber auch die schwere Aufgabe der Partei im Kampfe um den Volksscheid beleuchten.

Genosse Waber führte aus: Zwei Millionen Arbeitslose, eine Million Kurzarbeiter und eine Million ausgesteuerte Erwerbslose als Fazit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben ein unendliches Meer von Leid, Kummer und Sorge in Deutschland erzeugt. Angesichts dieser ungeheuren Not verlangen die ausgeübten und dabon gejagten Staatsoberhäupter vom deutschen Volke 2500 Millionen Mark als Geschenk. Während die Millionen darüber den Menschen in Deutschland durch die bürgerlichen Parteien mit Pfennigen abgepreßt werden, machen sie sich im Kampfe um die Fürstenabfindung zu Anwälten der Monarchen. Besonders einige deutschnationale Reichstagsabgeordnete haben sich für möglichst günstige Bedingungen bei dem Streite des deutschen Volkes mit seinen ehemaligen Herrschern eingesetzt. Sie sind nicht Volkstretter, sondern Fürstendiener. Die deutsche Kammsgebäude schreit zum Himmel, die erlaubt, daß den Fürsten ihr durch Raub und Diebstahl erworbenes Vermögen wieder zugesandt wird. Weil man Staats- und Fürsteneigentum in der Vergangenheit nicht auseinanderhielt, sollen heute auf Grund sogenannter Rechts durch monarchistische Richter die Forderungen der Fürsten bewilligt werden.

Wie diese Forderungen aussehen, beweist Thüringen. Dies Land konnte sich vor der Raffgier seiner ehemaligen Herren nicht mehr retten. Es wäre „in Konkurs geraten“, und rief deshalb die Reichsregierung um Hilfe an. Das war der Anstoß zur Wiederaufnahme der Auseinandersetzungen mit den Hohenzollern in Preußen. Nach dem Vergleichsvorschlag sollen Wilhelm „der Dornige“ und sein Anhang erhalten 115 000 Morgen

400 000 Morgen Land,

— 100 Millionen in bar, 57 Schlösser, zahlreiche Kunstsammlungen und Theater. Gegenüber einem Volke, das sich seit nahezu 12 Jahren mit Not und Elend herumgeschlagen hat, beweisen die Fürsten ihren wahren „Patriotismus“. Wie es bei Wilhelm schon früher damit stand, beweist die Tatsache, daß er zwar 20 Millionen Kriegsanleihe zeichnete, aber 30 Millionen in sicheren Industriepapieren angelegt hat. Er hat seinem Volke das nicht gegeben, was er andern geraten hat. Und während zwei Millionen Söhne des Volkes auf den Schlachtfeldern starben, ist von den sechs Söhnen Wilhelms nicht einer draußen geblieben. Unser Volk aber hat noch durch Generationen mit unfähiger Not und Sorge zu kämpfen.

Man sollte annehmen, daß es für jeden eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn durch einen Volksscheid den Fürsten ihr Raub abgejagt werden würde. Die bürgerlichen Parteien versuchen jedoch durch einen morschlischen Gesekentwurf über die Abfindung die Stimmung abzublenden. Das Vollsbegehren, das die Aktion des Volksscheids einleitet, muß darum durch überraschend guten Erfolg von vornherein einen Druck auf den Reichstag ausüben. Wenn in den 14 Tagen vom 3. bis 17. März die Eingekundungslisten ausliegen, müssen weit mehr als die erforderlichen vier Millionen Unterschriften, muß mindestens die doppelte Anzahl aufgebracht werden. Je größer das erste Verlangen nach Fürstenenteignung, je stärker die Wirkung auf den Reichstag, der ja den Kompromißentwurf der Bürgerlichen zu beraten hat.

In dem Reichstagsausschuß arbeiten die Sozialdemokraten jetzt schon an der Verbesserung des Entwurfs mit. Deshalb stoßen die Kommunisten schon wieder das Wort Verrat gegen uns aus. Sie gehen mit dem Worte Verrat deswegen so leicht um, weil sie

### gewohnheitsmäßig Verrat üben.

Zwei Tage nach dem Beschluß über den gemeinsamen Gesekentwurf ließen die Kommunisten ihr bekanntes Rundschreiben los, in dem sie von ihrer Organisation verlangen, daß die Bewegung für den Volksscheid ausgenutzt werden müsse, um auf Kosten der Sozialdemokratie die kommunistische Partei zu stärken. Es kommt den Kommunisten bei diesem gemeinsamen Anzettel gegen den Fürstentraub einzig und allein auf ein privates Parteigeschäft an. Das ist ein glatter Verrat und wird dem ganzen Ziele nur schaden und den Erfolg beeinträchtigen.

Es ist gar nicht so einfach, den Volksscheid nun auch mit einem Erfolg zu beenden. Alle bisherigen Versuche in einzelnen deutschen Landesstellen sind ins Wasser gefallen. Wir brauchen für einen Sieg 20 Millionen Stimmen. Da Kommunisten und Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl zusammen nur 10 1/2 Millionen Stimmen aufgebracht haben, gilt es, 9 1/2 Millionen Wähler neu zu gewinnen. Da das Zentrum für entscheidungslose Enteignung nicht zu haben ist, ebenso die Demokraten glauben, das Privatigentum schützen zu müssen, wird es schwierig sein, aus diesen Parteien nennenswerte Wählermassen auf die Beine zu bringen. Auch die Schichten der bereits durch die Inflation enteigneten Sparers und Rentner sind für Enteignung nicht zu haben. Eine Versammlung dieser Leute in Magdeburg beschloß so, mit der Begründung, daß dann auch ihr geringer Besitz in Gefahr geraten könne. Zu dieser Auffassung trägt die

### gesamte bürgerliche Presse

bei, in der man fast täglich dasselbe lesen kann. Auch auf die Wirtschaftspartei ist nicht zu rechnen. Ihr Bezirksverband Brandenburg gab die Parole gegen den Feldzug der Sozialdemokratie aus. Nach ihrer Meinung ist die entscheidungslose Enteignung rechtlich nicht zu halten, weil sonst auch das Handwerk und der Mittelstand der Gefahr der Enteignung ausgesetzt sei.

Es bleibt noch zu gewinnen das Meer der Lauen und Indifferente, derjenigen, die nicht einmal bei den härtesten Reichstagswahlkämpfen an die Urne zu bringen waren. Das wird die allergrößte Kraftanstrengung erfordern, daß deren die Partei fähig ist. Erfordernd fällt ins Gewicht, daß das Volksbegehren durch eigenhändige Unterschrift einer öffentlichen Wahl gleichkommt. Aber auch der Volksscheid, der an sich geheim ist, erhält öffentlichen Charakter, wenn die bürgerlichen Wahlenthaltung proklamieren. Alle, die zur Wahl gehen, sind dann öffentlich gekennzeichnet als Anhänger der Fürstenenteignung. Welche verheerenden Wirkungen das auf dem Land und in den Kleinstädten infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit der freien Klassen haben kann, ist uns aus der Zeit des Dreiklassenwahlrechts noch in guter Erinnerung.

Daran wird aber auch klar, wie schwierig die Aufgabe ist, die die Partei hat. Ein Misserfolg des Volksscheids

schlägt zugunsten der Fürsten und gegen die Republik aus. Für diesen Fall hat schon jetzt die sozialdemokratische Mitarbeit an dem Kompromißentwurf der Bürgerlichen eingeseht. Ihm müssen die Giftzähne ausgebrochen werden. Unser Bestreben geht dahin, auch noch den einstweilen zurückgestellten Entwurf des Demokraten noch mit zur Beratung zu stellen. Er entspricht in seinem Inhalt einem sozialdemokratischen Entwurf aus dem Jahre 1923. Sein Vorteil ist, daß entgegen dem gummischlauchartigen Kompromißentwurf jeder Rechtsweg von vornherein ausgeschlossen wird. Die Abfindung wird zur Angelegenheit der Länder durch Volksscheid die letzte Entscheidung haben.

Die Sozialdemokraten sind bestrebt, durch Mitarbeit an dem Antrag noch gewissermaßen

### ein zweites Eisen ins Feuer

des Fürstentraubs zu legen. Das ist nötig, denn die Riesensummen der Fürstentraubwürden zu einem Teile sicher den Reorganisationskosten ausfließen, damit durch deren Hilfe schließlich auch die Fürsten ihre Kronen zurückerhalten. Jedes Parteimitglied muß sich wochenlang in den Dienst der Partei stellen, um Tag für Tag für den großen Schlag gegen die Fürstentraubwürden zu gewinnen. In jede Wohnung gilt es die Werbe- und Aufklärungsschriften zu tragen, auch in die des Bürgertums. Begeisterung allein bringt uns nicht den Erfolg. Dienst der Partei zu stellen, jede Gelegenheit zu benutzen, für des Volkes Recht aufzuklären zu wirken, führt zum Ziele. Je mehr Millionen für die Enteignung aufgebracht werden, je mehr werden die Bürgerlichen gezwungen, mit uns das zweite Eisen, den Antrag noch zu schmieden, wenn der volle Erfolg des Volksscheids nicht erreicht würde. Unser gegenwärtiger Kampf ist nur zu vergleichen mit den erbittertesten Wahlkämpfen der Vergangenheit. Sinein in den Kampf unter der Parole: Dort Fürstentraub, hier Volkes Recht!

Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Genosse Wittmaack, schildert dann noch einmal die veräxterliche Haltung der Kommunisten, die auch in Magdeburg dem Anschein zu erweiden suchen, als wäre die Sozialdemokratie dem sogenannten Einheitskomitee angeschlossen. Das ist nicht der Fall. Er bringt dann ein Schreiben der kommunistischen Parteileitung, das unsere Partei zur gemeinsamen Aktion auffordert, zur Verlesung, und erklärt unter alleseitiger Zustimmung, daß gemeinsames Vorgehen entsprechend den zentralen Abmachungen nicht in Frage käme. Der Hinterhältigkeit der Kommunisten setzen wir die Disziplin der Partei entgegen.

### Geschäfts- und Kassenbericht.

Den Geschäftsbericht über die verfloßenen neun Monate erstattet der Parteisekretär Genosse Winzer: Trotz der großen Arbeitslosigkeit und der vielen Vertriebsstellungen waren alle Funktionäre eifrig für die Stärkung der Partei tätig. Darum ist es auch überall vorwärtsgegangen. Daß die Organisation fest und geschlossen steht, beruht auf der vollkommenen solidarischen Zusammenarbeit zwischen allen Parteimitgliedern und der gesamten Mitgliedschaft. Zwei Reichspräsidentenwahlen und die Provinziallandtagswahl fielen in die Berichtszeit. Der Wahlausfall war dank eifriger Tätigkeit der Parteigenossen zufriedenstellend. Bei der Aktion für den Volksscheid gilt es die Frauen mehr als bisher aufzurütteln, da die Abstimmungen in Zukunft auch in Magdeburg nach Geschlechtern getrennt vorgenommen werden soll. 39 Bildungsveranstaltungen fanden in den Bezirken statt. Ihr großer Erfolg beweist die Notwendigkeit derartiger Veranstaltungen. Außerdem fanden eine Revolutionsfeier, eine Jubiläumfeier, ein Filmbortrag und zahlreiche Bezirks- und Frauenversammlungen statt. Zur Ausgestaltung der Bildungsarbeit wurde ein Lichtbildwerk angekauft.

Der Mitgliederstand betrug am Jahreschluß 6623. Das bedeutet gegenüber dem Anfang der Berichtszeit eine Zunahme von 577 Mitgliedern. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 5014, die der weiblichen 1609. Nachdem der Genosse Winzer noch den Fall Nelson und seine Auswirkungen in der Partei erörtert hatte, schließt er seinen Bericht mit der Aufforderung zu weiterer Arbeit und mit dem Dank an alle Mitarbeiter.

Nach dem Kassenbericht des Genossen Bauernmeister schließt die Kasse in Einnahmen und Ausgaben mit 35 745 Mark ab, bei einem Kassenbestand von 906 Mark am Schluß des Jahres. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug im Quartal 12,15 für die männlichen, 12,05 für die weiblichen Mitglieder. Für diese außerordentlich gute Leistung gebührt den Kassierern Dank.

Genosse Großkopf beantragt namens der Revisoren für den Kassierer Entlastung.

### Bericht der Pressekommission.

Den Pressekommissionsbericht erstattet Genosse Lange: Die Redaktionsführung der „Volksstimme“ hat zu Klagen und Beschwerden keine Veranlassung gegeben. Die Abonnentenzahl hat sich nach der Inflationszeit wesentlich erhöht. Die Druckerei ist gut beschäftigt und soll durch Ausbau und Anschaffung neuer Maschinen noch verbessert werden. Im Jahre 1925 erschienen 8100 Zeitseiten und 1504 Inseratenseiten. Auch die Buchhandlung hat gute Erfolge aufzuweisen und wird weiter ausgebaut werden.

### Die Arbeiterwohlfahrt.

Die Genossin Hartmann berichtet über die Tätigkeit des Ortsausschusses für die Arbeiterwohlfahrt, der mit verhältnismäßig kleiner Helferzahl erhebliches geleistet hat. Er konnte im Laufe des Jahres 18 bedürftige Kinder in Erholungsheimen unterbringen. Während der Osterferien wurden 70 Kinder auf dem Jungborn 11 Tage mit Erfolg verpflegt, während der großen Ferien 4 Wochen lang 115 Kinder auf zwei Forts. Erfolgreich und allgemein anerkannt in ihrer Wirksamkeit war die Frauenerholung auf dem Fort am Wildweg. 70 Frauen konnten 9 Wochen lang gepflegt und gekräftigt werden. In den sogenannten Rastnachmittagen wurden 1015 alte Leute gut bewirtet und unterhalten. Zu Weihnachten konnte 715 Personen, zumeist Kindern und alten Leuten, besorgt werden. Erfreulich war die gute Zusammenarbeit mit dem städtischen Wohlfahrtsamt, dem auch für namhafte Unterstützung gedankt werden muß. Mit der Aufforderung zur Mitarbeit an alle Genossinnen und Genossen schließt die Genossin Hartmann ihren Bericht.

Der Kassierer der Arbeiterwohlfahrt, Genosse Seifert, konnte berichten, daß der Kassenumsatz im Jahre 1925 sich auf nahezu 15 000 Mark beziffert. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das fast eine zehnfache Steigerung und bringt allein schon den großen Fortschritt zum Ausdruck.

In der Aussprache werden einige kommunalpolitische Fragen angeschnitten. Dann wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

### Wahlen.

Die Wahlen zum Vorstand hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Wittmaack, 2. Vorsitzender: Höber; Schriftführer: Uffel, Beisitzer: A. Winzer, Schütze, Kaslaff, Lange als Pressekommissionsmitglied, Frau Roine, Frau Lischblau und die Sekretäre. Zu Revisoren wurden gewählt: Ehrenfried Fink, Otto Großkopf, Willi Fabian. Als Mitglieder der Pressekommission: Franz Lange, Rudolf Valentini, Paul Vogelmann, Oskar Kleine, Franz Bahnenmann, Paul Bach, Emil Hammerlag. Die Bibliothekskommission setzt sich zusammen aus den Genossen: Baer, Kiepefahl, Senneberg, Wittmaack.

Dem Bildungsausschuß gehören an: Frau Vanwert, Frau Koffer, die Genossen Müller, Waigt, Senneberg, Köstler, Engel, Stehning.

Der Beschwerdeausschuß setzt sich zusammen aus folgenden Vertretern der Bezirke: Budau: Maffow, Sudenburg: Jäger, Galke; Griebel, Tacau: Schaumburg, Nord: Gaudin, Nothenje; Bed, Fernerleben; Schneidewitz, Reform: Franke, Dessauer Straße: Kalitzki, Süd: Wüstenstadt: Matthes, Wilhelmstadt: Wiegand, Weiserhufen: Janide, Friedrichstadt: Schwarz. Vorsitzender ist der Genosse Plumbohm.

Damit war das umfangreiche Arbeitsprogramm der Generalversammlung beendet. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden schließt dieser mit der Aufforderung zu intensiver Arbeit für den Volksscheid die gut verlaufene Versammlung.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 16. Februar 1926.

### Die Oesterreicher kommen!

Auf der Rückreise vom Reichsbanner-Bundesfest in Hamburg treffen am Dienstag den 23. Februar, vormittags um 11 Uhr etwa, 300 Oesterreicher vom Republikanischen Schutz- und Trutzbund in Magdeburg ein. Der herrliche Empfang und die gute Aufnahme, die die österreichischen Kameraden bei den Reichsbannerfamilien am 1. Bundesfest in Magdeburg gefunden haben, hat sie veranlaßt, den Magdeburger Republikanern auch in diesem Jahr einen Besuch abzustatten. Die Magdeburger sind erfreut, die Oesterreicher wieder in der Elbestadt begrüßen zu können. Sie werden sicherlich alles daran setzen, ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Gau- und Ortsleitung des Reichsbanners glauben deshalb, an die Republikaner nicht vergeblich die Bitte zu richten, die österreichischen Kameraden wiederum gastfreundlich aufzunehmen. Die Oesterreicher weilen am Dienstag von vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr in den Mauern Magdeburgs zu Gast. Sie müssen also mittags und abends bewirtet werden. Wer von den Republikanern die Absicht hat, einen unserer österreichischen Brüder in Bewirtung zu nehmen, der wird gebeten, seine Adresse an das Gaubüro des Reichsbanners, Breiter Weg 94, 1 Treppe, Telefon 8734 (im Hause des „Steinernen Tisches“) zu senden.

Nach einem kurzen Empfang auf dem Bahnhofsvorplatz in der Kölner Straße marschieren die Oesterreicher in Begleitung ihrer eignen Musikkapelle durch die Große Münzstraße nach ihrem Quartier, dem Restaurant „Steinerner Tisch“. Dort erfolgt die Quartierzettelabgabe. Am Abend wird das Reichsbanner-Groß-Magdeburg die die österreichischen Kameraden nach dem Bahnhof geleiten. Sämtliche Abteilungen der Ortsgruppe nehmen Dienstagabend um 7 1/2 Uhr auf dem Staatsbürgerplatz Aufstellung und marschieren dann mit den österreichischen Kameraden über den Breiten Weg durch die Gimmelreichstraße zum Bahnhof.

Jeder Magdeburger wird wohl noch den begeistertsten Abschied der Oesterreicher nach dem Bundesfest in Magdeburg in Erinnerung haben. Nicht minder herzlich wird das Willkommen und der Abschied durch die Republikaner Magdeburgs auch bei diesem Besuch der Oesterreicher werden. Die republikanische Bevölkerung wird wie im Vorjahr den österreichischen Brüdern herzlichste Gastfreundschaft zuteil werden lassen. Dessen sind wir gewiß.

Frei Heft!

Der Ortsvereinsvorstand  
des Reichsbanners.

### Weltliche Schule Wilhelmstadt.

Wie in allen Teilen des Reiches, so ist auch in unserer Stadt die Bewegung für die weltliche Schule in stetem Wachstum begriffen. Die Anmeldungen von Schulanfängern zu den Sammelschulen haben alle Erwartungen übertroffen. Für die weltliche Schule Altstadt sind allein über 200 Schulanfänger gemeldet. Zahlreiche Eltern der Wilhelmstadt fordern deshalb mit Recht auch für ihre Kinder die weltliche Schule. Um technischen Schwierigkeiten möglichst aus dem Wege zu gehen und um die bestehenden Schulen der Wilhelmstadt in ihrer Tätigkeit nicht zu stören, sollen in diesem Jahre nur die Schulanfänger für die weltliche Schule angenommen werden. Es werden also in der Wilhelmstadt nur acht Klassen errichtet.

Da die Kleinen bereits alle angemeldet sind, sei darauf hingewiesen, daß Anmeldungen nicht nötig sind. Die Eltern haben nur eine Willenserklärung abzugeben, daß sie ihre Kinder in die weltliche Schule schicken wollen. Gedruckte Formulare dafür sind zu haben und werden ausgefüllt zurückgenommen in den Verkaufsstellen des Konsumvereins Annafraße und Odenfelder Straße und in allen weltlichen Schulen. Mündliche oder schriftliche Auskunft wird in der weltlichen Schule Altstadt, Kleine Schulstraße 24, erteilt.

Freie Eltern, denkt an die Zukunft eurer Kinder. Gebt ihnen die Erziehung, die euren Anschauungen entspricht, schickt sie in die freie weltliche Schule.

### Die neue Großmacht.

Das Arbeiterportariell Magdeburg zeigte am Montag im „Krientalpalast“ den Film, der auf der ersten internationalen Arbeiterolympiade in Frankfurt a. M. im vorigen Sommer aufgenommen wurde. Der Film nennt sich „Die neue Großmacht“. Ein gewichtiger, ein sehr selbstbetonter Titel. Aber er ist nicht übertrieben. Wer in Frankfurt dabei gewesen ist, mag manches vermüßt haben in diesem Film; denn der Eindruck der ungeheuren Menschenmassen muß so überwältigend gewesen sein, daß ein Film — bei allem Geschick der Photographen, die am Werke waren — nur einen schwachen Begriff von der demonstrativen Macht dieser Tagung der Arbeiterportier aus der ganzen Welt geben kann; einfach darum, weil es auch mit den modernsten Hilfsmitteln nicht möglich ist, einen solchen Eindruck festzuhalten. Ein Festzug in Achter- und Sechzehner-Reihen von 10 Kilometer Länge, eine Spitze des Zuges von 23 000 Radfahrern — so etwas hat es auf der ganzen Welt noch nie gegeben.

Aber nicht nur um den ungeheuren Festzug zu zeigen wurde der Film gemacht. Ebenso wichtig — wenn nicht wichtiger — war die Aufnahme von sportlichen Leistungen verschiedener Ländergruppen, die so mannigfaltig zum Vergleich nebeneinander wirken, wie sonst noch nie. Ganz hervorragend sind die Leistungen von Kämpfern aus der Tschechei, aus Deutschland, Letland, Finnland, die ihre verschiedenen Systeme der gymnastischen Übungen zeigen, und entzückend die Einzelaufnahmen von besonders Leistungen wie Kugelstoßen, Speerwerfen, Weit- und Hochsprung, Wasserspringen, Färden- und Stafettenlauf. Alle diese Aufnahmen werden einmal in der normalen Schnellzeit und dann in der so prächtig jede Einzelheit zeigenden Zeitlupenaufnahme gezeigt. Diese Bilder können in ihrer Schönheit — so sollte man

meinen — selbst einen arterienverfallenen Stubenhocker zum begeisterten Sportenthusiasten machen.

Prächtig ist auch der Umfang des Films, der einen alten Schießstand mit Zielscheiben (steif gemalten Soldaten) zeigt und unmittelbar darauf das Bild gibt, das heute durch den Umbau des Schießstandes zu einem Stadion sich darbietet.

Die Arbeiterolympiade in Frankfurt war mehr als ein internationales Sportfest. Sie war ein Zeichen unserer Zeit, in der die Massen das Denken, das politische Geschehen und auch das Fest beherrschen. Die Massen selbst treten heute überall auf den Plan und ihrer souveränen, disziplinierten Gewalt sehen sich nur solche Leute entgegen, die nicht begreifen, daß es keine gesellschaftliche Kraft mehr gibt, die größer wäre als diese.

Der Film von der Arbeiterolympiade ist weit besser und schöner gemacht, wie der vor einiger Zeit gezeigte von der Pariser Olympiade der bürgerlichen Sportler.

Den Veranstaltern aber möchten wir empfehlen, bei den nächsten Vorführungen die Knüppelmusik, wenn nicht ganz fortzulassen, so doch wenigstens bedeutend zu reduzieren und die noch übrigbleibenden Trommler zu veranlassen, ihre Felle zu dämpfen. Der geschlossene Saal darf nicht verwechselt werden mit einem offenen weiten Platz und die für alle Zeiten fertigen Tatschriften der auf der Leitwand marschierenden Menschen sollen durch den Trommelschlag nicht — wie in der Wirklichkeit — gequält und gereizt, sondern nur illustriert werden. Erstauslaß auch, daß bei der großen Zahl der Arbeiterportler der „Kriegspalast“ noch ziemlich viel Platz bot.

Dem Arbeiterportler ein Lob für diese sehr lehrreiche Veranstaltung, die jeder, der auch nur eine Ahnung haben will, von den Kriechstrahlen des modernen Lebens, gesehen haben muß.

Das wahre Gesicht des Krieges. Am Mittwoch den 17. Februar, abends 8 Uhr, findet in der „Reichstrone“, Jakobstraße, eine Mitgliederberausammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt, in der Herr Pape sprechen wird über das Thema „Das wahre Gesicht des Krieges“. Der Vortrag wird wirkungsvoll durch Lichtbilder ergänzt, in denen Originalaufnahmen aus dem letzten Kriege gezeigt werden. Gäste sind willkommen. Eintritt frei.

Die weltliche Schule Altstadt veranstaltete in der Aula des König-Wilhelm-Gymnasiums eine Elternberausammlung, die wieder Zeugnis ablegte von dem regen Leben dieser Schulgemeinde. Eingangs sprach der Schulleiter von dem erfreulichen Wachstum der Schule, das schon äußerlich darin zum Ausdruck kommt, daß zu Ostern über 200 Schulanfänger gemeldet worden sind. Aber vor allem hat sich das innere Leben der Schule stark und kräftig entwickelt. Die Schule hat verschiedene soziale Maßnahmen ergriffen, um die Kinder aus der Not der schlechten Wohnverhältnisse zu befreien. So unterhält sie jetzt 3 A. einen eignen Kinderhort für die Kinder, die sich nachmittags allein überlassen sind. Mit Hilfe der Eltern ist ein Werkraum für den Arbeitsunterricht eingerichtet worden, in dem nun Jungen und Mädchen ihre Schaffensfreude auswirken können. Zur Belebung des Unterrichts wurde ein Lichtbildapparat angeschafft, der an dem Abend den Eltern vorgeführt wurde. Mitglieder des Kollegiums zeigten damit Schriftproben der Kinder, die nach der neuen Methode von Sütterlin und Kuhlmann arbeiten. In launigen Worten führten die beiden Redner die Eltern in den Geist dieser neuen Schrift ein und zeigten sie somit in die Lage, die Arbeit der Schule zu verstehen, zu würdigen und zu unterstützen. Die Berausammlung war erstauht über die Erfolge des neuen Schreibunterrichts, der den Kindern so viel Freude bereitet. Jeder war erfreut über das klare und schöne Schriftbild. — Die Berausammlung war wieder durchdrungen von der Begeisterung für die Gemeinschaftsarbeit der freien Erziehung. Und es wäre nur zu wünschen, daß sich die Genossen, die noch immer abseits stehen, bald der Bewegung anschließen würden.

Die Eröffnung der pädagogischen Akademien. Es wird beabsichtigt, Anfang Mai d. J. in Preußen drei staatliche pädagogische Akademien zu eröffnen, und zwar eine in Elbing zur Auszubildung evangelischer Volksschullehrer, eine in Kiel zur Ausbildung evangelischer Volksschullehrer und Lehrerinnen und eine in Bonn zur Ausbildung katholischer Volksschullehrer. Der Bildungsgang ist zweijährig. Studiengebühren werden nicht erhoben. Unter gewissen Voraussetzungen können Stipendien gewährt werden. Internate sind mit den Akademien nicht verbunden. Aufnahmeprospektus sind bis spätestens 1. April d. J. an den präsidialen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einzureichen.

Der Stadtfahrer umgerissen. Am Dienstag gegen 12 Uhr mittags wurde der Kaufmannslehrling K. Große Diederichsstraße umgerissen, in der Alten Kirchstraße bei der Ulrichstraße von einem Stadtfahrer angefahren. Er stürzte zu Boden und brach sich den linken Oberarm. Aufsehend erhielt er auch innere Verletzungen. Der Verunglückte möchte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

# Otto Landsberg

spricht am Sonntag den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Hoffäger“ über

## Volknot und Fürsteneinteilung

Massengesang unter Mitwirkung des gesamten Schleeth-Orchesters. — Leitung: Obermusikmeister B. H. H. — Eintritt 30 Pfennig. Eintritt 30 Pfennig.

„Kulturzüge“ der Reichsbahn. Die Reichsbahn-Gesellschaft schreibt uns: Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Mitteilung, die sich mit den Sonntagsonderzügen — hier besonders mit sogenannten Kultur- oder Theaterzügen — beschäftigte. An die Ausführungen war der Wunsch geknüpft, die Reichsbahndirektion Magdeburg möchte sich entschließen, auch solche Züge zu fahren. Hierzu teilen wir mit, daß solche Züge für den Bezirk Magdeburg nichts Neues sind. Nicht nur planmäßige Züge werden an bestimmten Tagen in besonderen Fahrplänen gefahren, um den Anwohnern an den in Frage kommenden Strecken den Theaterbesuch in einer Stadt zu ermöglichen, sondern auch Sonntagsonderzüge sind wiederholt gerade auf den Theaterbesuch eingestellt worden. Wir haben stets für die Teilnehmer an den Sonderzügen ganz erhebliche Preisermäßigungen erwirkt und den Kartenverkauf durch die Fahrkartenausgabestellen unentgeltlich mit übernommen. Trotz dieser Erleichterung haben sich die Magdeburger sehr wenig an den kulturellen Veranstaltungen beteiligt, so daß z. B. bei den Zügen nach Berlin im vorigen Herbst einmal nur 10, und das andre Mal nur 40 Stück Theaterkarten verkauft wurden. Es sei noch auf den Sonderzug zum Besuch des Harzer Bergtheaters im Sommer 1925 nach Thale hingewiesen, der immerhin einen Verkauf von rund 250 Theaterkarten brachte. Gehen solche Züge von Städten aus, die über größere Theater nicht verfügen, so ist der Erfolg naturgemäß wesentlich günstiger. Der Drang zum Theater ist größer, dies beweist der Zug am 14. Februar 1926 von Uckerleben nach Leipzig, zu dem zur Vormittagsvorstellung „Aida“ allein rund 1000 Theaterkarten verkauft sind. Sollten Theatergemeinden oder Vereine in Magdeburg Wert darauf legen, daß auch von Magdeburg aus einmal das ganze Theater irgendwohin in die Stadt in Verbindung mit einem Sonderzug für eine Vorstellung gepachtet wird, so setzen wir entsprechenden Vorschlägen gern entgegen.

## Sozialdemokratische Partei.

### Arbeiterwohlfahrt (Bezirk Nord). Am Donnerstag den 18. Februar, abends 8 Uhr, Berausammlung in der Geschäftsstelle, Scharrnstraße.

Schwerer Unfall bei der Arbeit. Der Arbeiter Theodor R., wohnhaft Kleine Klosterstraße 7, geriet auf dem Mädelwerk in eine horizontal arbeitende Transportkassette und wurde in letzterer etwa 3 bis 4 Meter fortbewegt. Erst nach geraumer Zeit und mit Hilfe der herbeigerufenen Feuerwehrjamariter konnte der Verunglückte aus seiner bedrängten Lage befreit werden. R. hatte schwere Verletzungen am rechten Unterschenkel erlitten und mußte dem Krankenhaus Altstadt zugeführt werden.

Gestohlen. In der Zeit vom 10. bis 13. Februar ist aus einem beschlossenen Zimmer in der Endestraße ein dunkelblauer Jacketanzug gestohlen worden. Am 28. Januar eine wertvolle, fuchsfarbene Autopelzdecke, 1,80 mal 2 Meter groß, vor Anlauf weggenommen. Am 13. Februar gegen 5 Uhr nachmittags vor dem Hausgrundstück Otto-von-Guerike-Straße 94 ein Herrenjacket, Marke und Nummer unbekannt, mit schwarzem Kragen, gelben Felgen, etwas nach oben gebogener Venturange, roten Gummigriffen, Damenjacket mit zerbrochener Feder. Ferner aus dem Personenzug Nr. 479, Wagenabteil 4. Klasse, ein Reisekost aus weißem Webengewebe, enthaltend Kleidungsstücke, Schuhe und Wäsche, u. a. ein brauner Mantel, ein dunkelbrauner Arbeitsanzug, ein Paar schwarze Schepfzettel, ein Paar Holzschuhe und eine Holzstiepe mit einem kleinen Spiritusofen aus Messing. Zweidienliche Angaben erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 260 oder 263.

Dem gehört das Fahrrad? Sicher gestellt ist ein herrenloses Fahrrad, Marke „Phänomen“ Nr. 36033. Zweidienliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 260 oder 263.

Dem gehört die Strickjacke? In letzter Zeit ist hier ein gewisser Otto Plügge aus Neuhaldensleben als Logisdieb aufgetreten. Anfang des Monats wohnte er hier einige Tage in der Fischerstraße. Dort hat er seiner Logiswirtin eine rote Damenstrickjacke mit braunem Besatz und Gürtel gestohlen; diese Jacke stammt vermutlich aus einem Diebstahl her. Bestohlene wollen sich im Polizeipräsidium in den Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags im Zimmer 261 melden.

Diebstahl an Telegraphenleitungen. Am 8. Februar sind aus der Telegraphenleitung in der Gemarkung Wiedersitz 16 Kilogramm Bronzeabtrag herausgeschnitten. Vor Anlauf wird gemerkt. Sachdienliche Angaben erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 261 oder 263.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Achtung, Hamburgfahrer! Die Inhaber von Fahrkarten für die Sonderzüge müssen diese für die Hin- und Rückfahrt benutzen. Andere Züge können nicht benutzt werden, auch wird der gesamte Fahrpreis zu dem Sonderzuge bei Benutzung eines andern Zuges nicht angerechnet.

Abteilung Alte Neustadt. Die Fahrkartenausgabe für Hamburg erfolgt am Mittwoch den 17. und Donnerstag den 18. Februar, abends von 8 bis 9 im Vereinslokal. Die Kameraden werden ersucht, für angelegte Sammlungen zur Hamburgfahrt keine Beschränkungen zu machen, da diese Sammlungen ohne Genehmigung des Abteilungsleiters oder Ausweis nicht stattfinden.

Abteilung Wilhelmstadt. Am Mittwoch abends 8 Uhr Ausgabe der Fahrkarten an die Hamburgfahrer im Vereinslokal.

Abteilung Uden. Abholen der Fahrkarten am Mittwoch den 17. Februar abends 7 Uhr bei Dorendorf. — Anreisen der Hamburgfahrer Sonnabend vormittags 8.15 am Feuerwehrtdepot. — Für die zurückbleibenden Kameraden findet die Gründungsfeier im Admirals-Palast am Sonntag den 21. Februar, abends 8 Uhr, statt. — Mit dem Programm muß bis spätestens am Sonntag den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Dorendorf mit Kamerad Benkenstein abgerechnet werden.

## Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Magdeburg. Mittwoch den 17. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederberausammlung in der „Reichstrone“, Jakobstraße. Lichtbildervortrag an der Hand von Originalaufnahmen über „Das wahre Gesicht des Krieges“. Gäste willkommen.

## Aus der Jugendbewegung.

### Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

An alle. Am Sonnabend Vaden von 1/8 bis 1/9 Uhr. Am Freitag 1/8 Uhr Sprech- und Probe bei Polk, Fischerstraße.

Altstadt. Heute (Dienstag) wichtige Zusammenkunft aller Helfer und Funktionäre bei W. Fröhlich. Jeder muß einen Zinrentenpfennig mitbringen. Am Donnerstag kommt Stadtrat Nisch und erzählt uns seine Erinnerungen als Magdeburger. Konfirmanten sind herzlich willkommen.

Sudenburg. Heute (Dienstag) pünktlich 8 Uhr Mitgliederberausammlung. Erscheint zahlreich. Wahlen.

Alte Neustadt. Lokale Gruppe heute (Dienstag) 1/8 Uhr in der Schule Fastnachtsabend. Jüngere Gruppe Donnerstag pünktlich 8 Uhr in der Schule Heimabend. Eintritt 10 Pf.

Die Gruppenbeiträge für Januar fehlen von Südost und Wilhelmstadt.

Achtung, Gruppenaffilierte! Mittwoch 8 Uhr in der „Biene“, Ratswaageplatz 3/4, I, Eingang Scharrnstraße, wichtige Kassiererbesprechung. Mitzubringen sind Kassendbücher und dergleichen.

Neue Neustadt. Donnerstag 8 Uhr Schule Im-fassungstraße 76 Vortrag des Genossen E. Thape „Das Kino“, Zehermann muß erscheinen.

Wandergerät für die kommende Wanderzeit, Bücher zur Ausgestaltung der Vereinsarbeit kauft man in der „Biene“, Ratswaageplatz 3/4, I, Eingang Scharrnstraße.

Wilhelmstadt. Heute (Dienstag) Arbeitsabend. Alle erscheinen pünktlich, da für Donnerstag noch eine kurze Besprechung notwendig ist. — Am Donnerstag findet in der Versuchsschule am Seebad eine Konfirmanten- und Arbeiterberausammlung statt. Genosse Maddach hält einen Lichtbildervortrag über „Mein Lebenserlebnis in Italien“. Versucht noch möglichst viele Konfirmanten nebst Eltern dafür zu gewinnen und bringt eure Eltern mit. Wir beginnen Punkt 8 Uhr. Zur Dedung der Unkosten müssen wir 10 Pf. Eintrittsgeld erheben. Konfirmanten haben freien Eintritt. Musiker bringen Instrumente mit.

Jungsozialisten. Freitag abends 8 Uhr im „Steinernen Tisch“ Vortrag des Genossen Buchholz über Holland. — (Schluß des redaktionellen Teiles.)

## Wilhelm-Theater.

Der heutige Marcel-Sänger-Abend findet pünktlich um 8 Uhr statt. Nach Beginn werden die Ansätze geschlossen. Es wird deshalb dringend rechtzeitiges Erscheinen angeordnet. Karten sind noch im Vorverkauf an der Theaterkasse, im Verkehrsverein und eine Stunde vor Beginn an der Abendkasse zu haben.

## Die Passion.

Roman von Clara Siebig.

(62. Fortsetzung.) (Schluß des ersten.)

Als Eva noch Hans kam, war es schon dunkel. Nachdem sie sich von dem jungen Manne getrennt hatte, war sie noch lange allein umhergewandert. Sie dachte sich vor Frau Sagers Rücken. Aber sah ihr auch das Weinen noch an. Und sie war so äbel gepöcmt und so unglücklich, daß es ihr unmöglich erschien, jetzt jemand Rede und Antwort zu geben. Wie ein kalter Wappenzug war es niedergelassen über ihre Erregung, die unheimliche Art des Weins hatte sie unendlich abgekühlt. Wie sah sie ihm dem noch? Gewiß, ja — oder eigentlich, wenn sie endlich sein wollte: nein. Sie hatte sich alles anders gedacht, so ganz anders vorgeteilt — und nun besonders. Er war doch ein edler Wilhelm, er sollte in seine Familie. Er war nicht böse, o nein, er ärgerte sich auch nicht über ihn, sie ärgerte sich nur über sich selber. Warum hatte sie ihm den Brief geschrieben? Oh, hätte sie das nie getan! Jetzt würde sie sich dessen schämen, oh, sie jetzt schämen!

Wie eine Diebin, leise, verpöclet, schlich sie sich ins Haus. Aber sie war doch nicht so leise, daß Auguste sie nicht bemerkt hätte. Die kam aus ihrer Küche und schickte Eva ins Flur: „Na, wo waren Sie denn so lange?“

„Spazierer.“ Eva sagte es kurz und trocken; das sollte noch, daß gerade die ihr in den Weg kam, die sie ohnehin nicht leben konnte. Diese Person, die hinter Frau Sagers Rücken alles beobachtete und sich dann noch lieb über sie machte, das alles entsetzte sie. Was war das für ein Mensch? „Lassen Sie mich gehen“, sagte sie gereizt. „Was wollen Sie denn von mir?“

„Na, warten Sie mal, Sie kriegen's morgen!“ Das Mädchen lachte. Das schlechte Gewissen sah der Mann ja aus den Augen, es machte ihr Spaß, Eva ein wenig zu ärgern. „Sie sind gesehen worden mit dem jungen Manne — na, so was! Sie sind ja nicht an. Aber Frau Sager, die wird Ihnen Bescheid sagen!“

„Schämst du dich?“ sagte Eva und rannte an der Leuchte vorbei die Treppe hinauf. Jetzt, um jetzt in ihr Zimmer! Da schloß sie sich ein. Es war alles in der Hand, sie einzuschließen. Es ist es doch, Frau Sager war ja nicht da, und nach allem andern fragte sie nicht. Als Auguste noch einer Stunde auf die Straße brachte und dann sagte: „Eva, Ihr Abendessen, waschen Sie denn gar nichts offen?“ gab sie keine Antwort.

Das Mädchen rittelte an der Tür: „Waschen Sie denn auch?“

„Was gab Ihnen denn das, Sie sind ja nicht eingekerkert?“

jögern entzerrnen. Nach einer Weile kam die nochmals wieder, rüttelte abermals: „Eva, machen Sie doch keine Dummeheiten, machen Sie auf!“ Auguste rüttelte, pochte, rief, Eva hörte es ihrer Stimme an, daß sie ängstlich war. Mochte die nur Angst kriegen! Schöne Angst. Das geschah ihr recht. Die dachte gewiß, sie täte sich was an!

Eva schloß plötzlich. Das wäre vielleicht auch das Richtige, das Beste — ja das Einzige. Was würde sie sonst morgen zu hören bekommen? Eine lange Predigt. Frau Sager würde empört sein, daß sie gesehen worden war mit einem jungen Manne. Wenn die erst alles wüßte! Von dem Briefe wüßte, oh, von dem Briefe! Der war doch gar zu schlimm, dessen mußte sie sich gar zu sehr schämen. Sie konnte die Augen nicht mehr aufschlagen. Auch niemals mehr dem Vater bezeugen, nein, niemals!

Eva hielt sich, obgleich sie im Dunkeln auf ihrem Bett und immer, beide Hände vor die Augen. Wenn Frau Sager davon erfuhr, wenn Frau Sager davon erfuhr! Wenn die Wilhelmstadt davon erfuhr! Albert hatte ihr zwar versprochen, keinem Menschen etwas von dem Briefe zu sagen — aber ob er jetzt Versprechen hielt? Sie presste die Hände gegen die Ohren: oh, jetzt hätte sie schon das Leben! Tante Ella lachte am allermeisten, und wenn in der Küche lachten sie auch, da wurde sie gerade zur Wand gehalten.

Angstschweiß trat ihr auf die Stirn: nein, das konnte sie nicht ertragen! Arm sein war schlimm, verlassen sein noch schlimmer, aber am aller schlimmsten war es doch, sich schämen zu müssen und dann verurteilt zu werden. Eine glühende Hitze umschloß ihr zu Kopf, und doch waren ihre Hände, ihre Füße ganz eiskalt. Für einen Augenblick schloß sie sich nach Frau Sager. Die war gut, die würde ihr vielleicht jetzt auch kühlende Kompressen auf die heißen Stirn legen — aber es war doch besser, sie sich die nicht wieder. Es war gut, daß die heute abend gerade nicht zu Hause war.

Jetzt noch schloß sie sich Eva aber nach ihrer Mutter. An die hatte sie lange, oh, so lange nicht gedacht, alles war untergegangen in dem Denken an Albert — diesen langweiligen, ganz eiskalten Menschen. Aber hatte ihre Mutter denn nicht auch einmal einen Lieb gehabt, alles andre darüber vergessen? Die Mutter war nicht verheiratet gewesen — erst viel später hatte sie Hans Weidhammer geheiratet — aber sie hatte doch ein Kind gehabt. „Meine kleine Eva!“ hätte Eva ganz deutlich die Stimme ihrer Mutter. Eva presste die Arme ins Dunkel: „Mutter, wer war mein Vater? Mutter, wo ist er?“

Sichere Tränen rannen über Evas Gesicht. Oh, es war schrecklich, keine Mutter mehr zu haben und von Vater nicht einmal zu wissen, ob der noch lebte! Sie schloß sich ganz enges und unglücklich. Und dann noch kam zu sein! Kam am

Sorgen, krank an den Augen, krank an den Ohren, krank am ganzen Körper. Es packte sie eine Angst; krank, krank! Andre Menschen waren so gesund, nur sie war krank. Warum gerade sie? Warum, warum?

Wie Höfen gelte es ihr aus dem Dunkel. Sie hörte wiederum eine Stimme, die rief draußen vor der Tür: „Eva, machen Sie auf, machen Sie doch auf!“

Was sie für eine Angst hatte! Ah, das freute sie. Das gönnte sie der Auguste, dieser elenden Klatscherin, dieser Verleumderin. Wenn sie sich jetzt etwas antat, so war die Auguste schuld daran, die ganz allein!

Mit einem Satz war Eva am Fenster. Tief unten lag der Garten in nächtlichem Schweigen, feierlich still. Da, dieser Garten, wie er tief, wie er lockte! Süße Düfte fliegen auf aus ihm, und noch süßere Stimmen. Die jangen von Ruhe, von Schlafen. „Das Sterben ist wie ein tiefer Schlaf, in den man versinkt, sterben ist längst nicht so schlimm wie leiden,“ das jangen sie.

Eva beugte sich weit hinaus, aber sie schlang nicht wie sonst den Arm um Fensterkreuz, hielt sich daran fest, halllos beugte sie sich weiter vor, immer weiter vor, und dann schaukelte sie doch zurück: es war so tief da hinaus. Und es schwebte sie. Man mußte sich die Augen verbinden, dann ging es besser. Und auch noch etwas anzuehen über das leichte Kleid, damit man nicht so hart aufschlag.

Es war Mitternacht, aber Eva war es, als sei es heller Tag. Sie sah deutlich ihr ganze Leben. Da lag es vor ihr so klar, alles das, was bis jetzt darin gewesen war, und das, was noch darin sein würde. Es lag da wie der Garten, viele Schichten, wenig Helle darin. Dunkel, ach wie dunkel! Was trug der Boden dieses Gartens für sie? Freuden sind Blumen, Dornen sind Leiden — ihr flocht sich ein Dornenkranz.

„Nein, ich tu's,“ sagte sie laut. Aber dann bekam sie doch wieder Angst: es war so tief hinunter und fallen tat weh. „Oh, werde ja nicht hart fallen,“ sagte sie sich.

Sie zog eine Jacke an, dann noch eine, und dann noch ihren biden Mantel darüber; alles, was sie besaß. Um die Ohren band sie sich einen biden Schal, die taten ohnedies weh. Um die Augen knüpfte sie sich auch ein Tuch. So konnte sie es wohl veruchen. So konnte sie sie ja nicht sehen, die schauerwolle Tiefe. Dann noch die Kapuze des Mantels ganz über den Kopf. Wind tastete sie sich zur Fensterbank.

Jetzt schloß sie das Fensterkreuz an, zog sich daran hinauf — jetzt konnte sie oben, ließ das Fensterkreuz los — trat vor, ganz hinaus — jetzt wird die Auguste sich ärgern, daß ich's nun morgen doch nicht kriegen, dachte sie noch. Und dann noch: „Meine Mutter!“

Und dann ließ sie sich fallen. (Fortsetzung folgt.)

# BRITANNIA

## Anteuchaltungsbeilage zur Volksstimm

Nr. 14 Magdeburg, Mittwoch den 17. Februar 1926

Lafage, um den Hundertmarkstein herauszugreifen, ihn breit auf den Tisch zu schlagen und zu sagen: „Da ist er, lauf Dir eine neue Schürze!“

Aber da erschrickt der Bauer plöblich; er wird ganz bleich, als wenn der Lebtuch wieder herausmüßte; es treibt ihm die Augen heraus, er wankt zurück und immer wieder greift er in das Haar.

Doch alles ist vergeblich. Der Hundertmarkstein, den er gleichfalls in die innere Seitenfalte gesteckt hatte, war an den Fingern gefestigt, und so hatte ihn der Bauer gerissen und die Seitenfalte als vermeintliche Versteckung auf die Straße gesperrt.

### Lutrefia Vorgia.

Eine kulturhistorische Betrachtung von Bruno Gram.

Wer hätte nicht schon von der schönen Kapitänstochter Lutrefia Vorgia (sprich Buchstabe) gehört, die von 1480 bis 1518 lebte? Die Geschichte dieser hervorragenden Frau haben Dichter, Schriftsteller und Geschichtsschreiber förmlich herausgeholt, und so besteht über sie bei allen Nationen eine reichhaltige Literatur. Und in Deutschland ist daran kein Mangel. Dramatisch ist hier der Stoff von Grillparzer und geschichtlich von Gregorovius, Schiller, Schaff u. a. bearbeitet. Da aus Versehen Quellen gezapfen worden mußte, sind auch die verschiedensten Quellen gezapfen worden. Und es ist nicht zu verwundern, wenn man in den verschiedensten Werken über die Geschichte der Vorgia verschiedene Angaben findet. Und es ist nicht zu verwundern, wenn man in den verschiedensten Werken über die Geschichte der Vorgia verschiedene Angaben findet. Und es ist nicht zu verwundern, wenn man in den verschiedensten Werken über die Geschichte der Vorgia verschiedene Angaben findet.

### Wer bittere Lebtuchen.

Von Gottfried Böhm.

Was hier erzählt wird, geschah zu einer Zeit, in der die Männer so viel litten, daß man sich zu Danksagen nicht erinnern konnte, seit Danksagen gleiche Summen für sich ein junges braunes Mädchen bekommen zu haben. Also nahm auch der Bauer Michael Schöpsl sein Mädchen, das schon gar kein Mädchen, sondern ein richtiges ausgeprägtes Weib und so schön und feist war, wie keine zu ganz Buchstaben im Stille stand, band ihm einen Strick um den Hals und trieb es auf den Viehmarkt in die Stadt. Dagegen die Händler natürlich alle ein Auge auf dieses Stücklein hatten, so wollten die einen doch bloß neugierig, die anderen fünfzehnhundert Mark geben und es dauerte lange, bis Michael Schöpsl, so wie er es wünschte, einen vollen Hundert in der Hand hielt und auch noch ein kleines Brautgeld bekam.

### Humor und Satire.

Der Detektiv, Herr (au seiner Tischgesellschaftin): „Ja, man muß nur die Augen offenhalten, gnädige Frau, dann hat man die Schritte von Sherlock Holmes bald heraus. Sehen Sie a. B. daß er nun unten an der Laterne? Ich erkenne mit einem Witz, Herr: „Nun, Sie sind auch nicht?“. Sein Fragen ist oben eingehend und ihm nicht so herumlaufen lassen. — Dame: „Nun, verbitte mir jede weitere Beilegung! Der Herr ist mein Mann.“

### Wetterle.

Wenn man sich vor der Ehe? Ist es möglich, daß ein Mann einen Mann ganz genau kennenlernt, bevor er es heiratet? Die meisten Frauen lernen, bevor sie eine Frau wird? Diese beiden Fragen hat eine englische Zeitschrift ihren Lesern und Lesersinnen zur Verantwortung vorgeworfen, und es ist begreifbar, daß die meisten, die mit „Nein“ antworten, sich für die Heirat auf Grund ihrer Erfahrungen mit einem Mann „Nein“ erwidern. Jedes junge Mädchen ist mehr oder weniger fest davon überzeugt, daß sie die Männer nicht kennt, bis sie sie heiratet. Aber aber erst einmal das andere Geschlecht im engen ehelichen Zusammenleben studiert hat, der weiß es besser, der weiß, daß sich selbst in anderen noch nicht angelernt, wenn man bereits die goldenen Hochzeit gefeiert hat. Sogar Paare, die als Brautpaar haben, erklären in dieser Hinsicht freimütig, sie hätten gar nichts miteinander gemacht, bevor sie den Bund fürs Leben geschlossen. Das junge Mädchen wird sich natürlich hauptsächlich für die Eigenschaften interessieren, die der Mann an einem guten Ehepartner machen. Ist der zukünftige mütterlich, ästhetisch, vornehm, bescheiden, freigeiglig? Der Zukünftige wieder möchte gern erfahren, ob seine Schwägerin in ihrem Charakter liebenswürdig ist, ob sie leicht zu beherrschen ist, seine böse Charakter liebenswürdig ist, ob sie leicht zu beherrschen ist, wie sie sich verhalten wird, wenn man sie vor dem ersten Besuchen auf seine Hausbesuche kommen. Wenn sie vor dem ersten Besuchen auf seine Hausbesuche kommen. Wenn sie vor dem ersten Besuchen auf seine Hausbesuche kommen.

auf nichts schließen, denn die verschiedenartigsten Liebhaber sind häufig die kleinsten Ehemänner. Sogar der alte Gläubige, ein guter Sohn und ein guter Ehemann wird, ist eine Ausnahme, denn die Frauen, die gute Ehemänner haben, gehören nicht selten zu den Märtyrinnen, weil sie in der Liebe ihres Mannes an zweiter Stelle stehen und selbständig die Sorgen und Sorgen der Schwiegermutter vorwegnehmen bekommen. Das Leben erwacht sich mancher Mann, der der Mutter gegenüber ziemlich gleichgültig ist, der Frau gegenüber als der hingebendste Gatte, weil er sie in ihm alle Kräfte der Zärtlichkeit gewandt hat. Auch die Männer stehen in der Welt der Zärtlichkeit gewandt vor einem Mädchen, alle Mädchen sind so euland und sanft, daß man unter lauter Engel zu sehen glaubt. Aber nach der Heirat kommt es meistens ganz anders. Vor allem ist es ein großer Schmerz, wenn jemand ein armes Mädchen, das sehr zu bestimmen. Gerade diese sogenannten Sparrenten werden in der Ehe zu Verschwendern. Andererseits wieder ist ein Mädchen, das sich ziemlich leistungsfähig und selbst nicht immer eine „ausübende“ werden häufig die leidenden und fleißigen Gattinnen. Es bleibt also nicht weiter über, als in der großen Ehelotterie, die der blinde Amor leitet, auf gut Glück sein Los zu ziehen; vielleicht ist es das große Los!

Die Geburtsangelegenheit. Wer sich in die Familienangelegenheiten vermischt und dadurch sehr Interesse an fremden Meinungsäußerungen bestundet, der wird unter den Geburtsangelegenheiten auf ein „Gurra“ stoßen. Es folgt dann regelmäßig ein Schrecken geboren worden ist. Oft reden auch die Neugeborenen selber und führen sich etwa mit den Worten ein: „Gurra! Da bin ich!“ Gemeintenswert ist übrigens, daß dieses Gurra fast immer nur dann ausgesprochen wird, wenn es sich um einen Jungen handelt. Ein Mädchen wird wohl als unmutiges Mädchen bezeichnet, hat der Storch aber einen Jungen abgeleitet, so legt der Vater Wert darauf, daß alle Welt es wisse, daß sein Stammsöhne „kräftig“ hervorgeht, prächtig oder gar ein „Kranke“ oder „forter Vengel“ sei — eine Liebertücheln, die den freudig erregten Vaterherzen zuzute gehen werden mag. (Wie man es andererseits dem schlechten Geschmack und der Vornehmheit eines jungen Mädchens zuzute rechnen sollte, wenn er die Geburtsangelegenheiten mit einem Katerherz vergleicht und von einem „Kranke“ künftigen Vaterlandverleider „forter Vengel“ Man tritt in die Welt nicht als „forter Vengel“ ein. Der Wahrheit kam jener schickliche Schwärzer näher, der in Wochenblättern die Vermählung seiner ohnehin schon schreibenden Nachkommen durch ein bescheidenes: „M o c h a W a r m e n“ (Nach dem Wärmehaus) kündigt. Wenn jemand „hochgefreut“ die Geburt von Zwillingen anzeigt, so ist ein gewisses „Wärmehaus“ in diese Freude zu setzen. Nichtermer und praktischer folgte jener Münchener Mutterbühler die Kränze auf, wenn er in einem Zeitungsheft „... allen Freunden, Bekannten und in einem mittelst, daß seine Frau ihn mit Drillingen beglückt habe, und seine Freunde daher bitte, ihren besten W o c h e n m o s t e r bei ihm zu entnehmen.“

Die Ehe der Jung-Götter. Die Ehe bedeutet im alten China für die Frau den Beginn eines neuen Lebens, das sich im Genuß der Familie des Mannes abspielt. Während der Jungzeit durch Beruf und andere Verpflichtungen oder auch durch seine Vermögensverhältnisse, vielfach außerhalb des Hauses lebte und seine Frau nur selten sah, lebte diese unter der Herrschaft der Schwiegermutter, die den Haushalt leitete. Die Braut der unglücklichen Ehe in China weit geringer war als in unseren Großstädten. Die Frauen wurden meist schon als Kinder verlobt, ohne auf die Wünsche der Braut selbst Rücksicht zu haben. Diese alten Sitten sind aber heute überwunden und in dem gewöhnlichen Sinne der Ehe, das heißt von so schweren Verpflichtungen heimgeführt ist, hat sich eine erquickende Revolution in der Gestaltung der Ehe angebahnt. Der beste Kenner der chinesischen Verhältnisse in Deutschland, Professor Max von Meißner, der 26 Jahre bis in die neueste Zeit in China gelebt hat, behandelt auch diese Veränderung umfassend in seinem Buch „Die Ehe in China“. Die Frauenwelt in China ist längst herausgetreten aus den Fesseln alter Vorurteile, sie strebt nach dem gleichen Recht wie die Männer, sie ist nicht mehr ein bloßes Spielzeug, sondern ein gleichberechtigtes Mitglied der Familie. Die Frauenwelt in China ist längst herausgetreten aus den Fesseln alter Vorurteile, sie strebt nach dem gleichen Recht wie die Männer, sie ist nicht mehr ein bloßes Spielzeug, sondern ein gleichberechtigtes Mitglied der Familie.

Wenn man sich vor der Ehe? Ist es möglich, daß ein Mann einen Mann ganz genau kennenlernt, bevor er es heiratet? Die meisten Frauen lernen, bevor sie eine Frau wird? Diese beiden Fragen hat eine englische Zeitschrift ihren Lesern und Lesersinnen zur Verantwortung vorgeworfen, und es ist begreifbar, daß die meisten, die mit „Nein“ antworten, sich für die Heirat auf Grund ihrer Erfahrungen mit einem Mann „Nein“ erwidern. Jedes junge Mädchen ist mehr oder weniger fest davon überzeugt, daß sie die Männer nicht kennt, bis sie sie heiratet. Aber aber erst einmal das andere Geschlecht im engen ehelichen Zusammenleben studiert hat, der weiß es besser, der weiß, daß sich selbst in anderen noch nicht angelernt, wenn man bereits die goldenen Hochzeit gefeiert hat. Sogar Paare, die als Brautpaar haben, erklären in dieser Hinsicht freimütig, sie hätten gar nichts miteinander gemacht, bevor sie den Bund fürs Leben geschlossen. Das junge Mädchen wird sich natürlich hauptsächlich für die Eigenschaften interessieren, die der Mann an einem guten Ehepartner machen. Ist der zukünftige mütterlich, ästhetisch, vornehm, bescheiden, freigeiglig? Der Zukünftige wieder möchte gern erfahren, ob seine Schwägerin in ihrem Charakter liebenswürdig ist, ob sie leicht zu beherrschen ist, seine böse Charakter liebenswürdig ist, ob sie leicht zu beherrschen ist, wie sie sich verhalten wird, wenn man sie vor dem ersten Besuchen auf seine Hausbesuche kommen. Wenn sie vor dem ersten Besuchen auf seine Hausbesuche kommen.

Was hier erzählt wird, geschah zu einer Zeit, in der die Männer so viel litten, daß man sich zu Danksagen nicht erinnern konnte, seit Danksagen gleiche Summen für sich ein junges braunes Mädchen bekommen zu haben. Also nahm auch der Bauer Michael Schöpsl sein Mädchen, das schon gar kein Mädchen, sondern ein richtiges ausgeprägtes Weib und so schön und feist war, wie keine zu ganz Buchstaben im Stille stand, band ihm einen Strick um den Hals und trieb es auf den Viehmarkt in die Stadt. Dagegen die Händler natürlich alle ein Auge auf dieses Stücklein hatten, so wollten die einen doch bloß neugierig, die anderen fünfzehnhundert Mark geben und es dauerte lange, bis Michael Schöpsl, so wie er es wünschte, einen vollen Hundert in der Hand hielt und auch noch ein kleines Brautgeld bekam.

Die Ehe der Jung-Götter. Die Ehe bedeutet im alten China für die Frau den Beginn eines neuen Lebens, das sich im Genuß der Familie des Mannes abspielt. Während der Jungzeit durch Beruf und andere Verpflichtungen oder auch durch seine Vermögensverhältnisse, vielfach außerhalb des Hauses lebte und seine Frau nur selten sah, lebte diese unter der Herrschaft der Schwiegermutter, die den Haushalt leitete. Die Braut der unglücklichen Ehe in China weit geringer war als in unseren Großstädten. Die Frauen wurden meist schon als Kinder verlobt, ohne auf die Wünsche der Braut selbst Rücksicht zu haben. Diese alten Sitten sind aber heute überwunden und in dem gewöhnlichen Sinne der Ehe, das heißt von so schweren Verpflichtungen heimgeführt ist, hat sich eine erquickende Revolution in der Gestaltung der Ehe angebahnt. Der beste Kenner der chinesischen Verhältnisse in Deutschland, Professor Max von Meißner, der 26 Jahre bis in die neueste Zeit in China gelebt hat, behandelt auch diese Veränderung umfassend in seinem Buch „Die Ehe in China“. Die Frauenwelt in China ist längst herausgetreten aus den Fesseln alter Vorurteile, sie strebt nach dem gleichen Recht wie die Männer, sie ist nicht mehr ein bloßes Spielzeug, sondern ein gleichberechtigtes Mitglied der Familie.



### Kreis Calbe.

**Barby.** Das Märkische Wandtheater, das uns zum zweitenmal besucht, ist auch mit seiner „Liebesinsel“ nicht auf seine Kosten gekommen. Es waren bald mehr Menschen auf der Bühne als vor der Bühne. Es waren bald mehr Menschen auf der Bühne als vor der Bühne. Es waren bald mehr Menschen auf der Bühne als vor der Bühne.

**Cieendorf.** Die Gemeindevertreter-Sitzung fand unter starker Beteiligung von Zuschauern statt. Da die Sitzungen in Zukunft in einem andern Lokal stattfinden, kann den Gemeindegliedern ihr gutes Recht, den Sitzungen beizuwohnen, nicht durch den Mangel an Stuhl- und Sitzgelegenheiten, bezogen. Bald scheint es so, als läge den bürgerlichen Vertretern sehr viel daran, möglichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu tagen, da sie sich gegen die Verlegung ständig sträuben.

Es ist ein unwürdiger Zustand, daß die Zuschauer zusammengepfercht im Vorraum sitzen müssen und sehr oft nicht verstehen können, was im Verhandlungsraum besprochen wird. Die Nachbewilligung des Haushaltsplans für 1925/26 ging ohne größere Aussprache vor sich. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt.

Die Nachbewilligung des Haushaltsplans für 1925/26 ging ohne größere Aussprache vor sich. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt.

Die Nachbewilligung des Haushaltsplans für 1925/26 ging ohne größere Aussprache vor sich. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt.

Die Nachbewilligung des Haushaltsplans für 1925/26 ging ohne größere Aussprache vor sich. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt.

Die Nachbewilligung des Haushaltsplans für 1925/26 ging ohne größere Aussprache vor sich. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt. Die Vorschläge des Gemeindevorstehers wurden einstimmig gebilligt.

straße ein Einbruchdiebstahl verübt worden. Es scheinen zwei Täter in Frage zu kommen, die mit einem Beile die Schaufenster-scheibe zertrümmert und eine Anzahl Uhren im Werte von unge-fähr 500 Mark geraubt haben. Herr Schlang hat die Einbrecher noch sein Leben verlieren können, ja er hätte beinahe auf ihn. Eine Kugel faufte ihm dicht am Ohre vorbei. Die Täter haben ihr Beil liegen gelassen, das wohl zum Verzeihen am Sonntag war besonders gut besucht. Der Vorsitzende Genosse Herbold gab bekannt, daß die „Noten Sängler“, die bei ihrem ersten Auftreten hier sich allgemeine Beliebtheit errungen haben, erfreuen werden. Er ersuchte um rege Propaganda für die ge-plannte Veranstaltung und machte darauf aufmerksam, daß am Sonntag den 20. Februar wiederum eine Parteiverammlung stattfinden wird, die stark besucht werden muß. Es folgte eine kurze Ansprache über die „Volksbibliothek“; als Delegierter zur einleitenden Worten des Vorsitzenden sprach Genosse Wic-zorowski über das Verfahren bei dem bevorstehenden Volks-entscheid und erläuterte dabei die Aufgaben, die den Genossen und Genossinnen während der Auslegung der Einzeichnungslisten zu-fallen. Er kritisierte scharf die allerdings schon von früher her-sätzlich bekannte Untreue und Hinterhältigkeit der kommunisti-schen Partei in der Frage des Volksentscheids und forderte auf, die indifferenten Arbeiter entsprechend aufzuklären. In der sehr regen Aussprache, an der sich insbesondere die Genossen Merxer, Heine, Möbius, Gehre, König und Müller beteiligten, verlangten König und andre, daß der Bezirksvorstand mehr als bisher Flug-blätter herausgäbe. Genosse Herbold wies darauf hin, daß die ein-geschriebenen Parteimitglieder die Pflicht haben, zur Deckung der Unkosten des Volksentscheids mindestens eine Extramarke zu er-statten. Registe Tätigkeit muß entfaltet werden. Darauf er-stattete Genosse Müller noch Bericht von der letzten Stadtveror-dneten-Sitzung, worauf eine kurze Aussprache folgte. Dann schloß der Vorsitzende mit der nachmaligen Aufforderung, die Parteiver-ammlung am nächsten Sonnabend wieder ebensogut zu be-suchen, die Versammlung.

### Achtung, Hamburgfahrer!

Um Irrtümern vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichung der Sonderzüge nach Hamburg in der sechsten Nummer der „Volksstimme“ nur die Kameraden der Ortsgruppe Magdeburg betraf. Die Kameraden aus dem Gau fahren mit dem Sonderzug Nr. 3 ab Magdeburg Sonn- abend früh 5.45 Uhr. Die Standquartiere in Hamburg werden noch bekanntgegeben.

Am 20. und 21. Februar gibt die Hochbahn und die Straßenbahn in Hamburg Fahrkarten zum Preise von nur 1 Mk. an die Träger der Festplakette aus, die zur unbeschränkten Fahrt auf allen Linien an den beiden Festtagen berechnigt. Am Sonnabend werden für die Festteilnehmer Hafentour-fahrten zum Preise von 30 Pf. veranstaltet.

### Stadtkreis Magerleben.

Der Ortsausschuß der freien Gewerkschaften hielt seine Jahreshauptversammlung ab. Anwesend waren 41 Vertreter und eine Anzahl Gäste. Gewerkschaftssekretär Weise erstattete den Jahresbericht. Dann wurde die Neuwahl des Vorstandes vorge-nommen. Von kommunistischer Seite wurde die Anwendung des Verhältniswahlverfahrens beantragt. Begründet wurde das da-mit, daß sie positiv mitarbeiten wollten. Das könnten sie doch nur, wenn sie auch im Vorstand vertreten wären. Dem wurde von sozialdemokratischer Seite entgegengehalten, daß dort, wo die Kommunisten in der Mehrheit sind, sie gar nicht daran denken, die Verhältniswahl durchzuführen. Die Abstimmung ergab, daß 13 Stimmen für und 28 Stimmen gegen die Verhältniswahl waren. Sie war damit abgelehnt. Die dann vorgenommene Wahl ergab die fast restlose Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmit-glieder: Larisch, 1. Vorsitzender; Weise, Kassierer; Nageli, Schriftführer usw. Dann kamen die Kommunisten wieder mit ihrer alten Kamelle, einen „Rußland-Delegierten“ sprechen zu lassen. Das wurde abgelehnt. Genosse Weise wies dann ein-gehend auf die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsratswahlen hin. Im „Verchiedenen“ kam der Kommunist Krötzer wieder auf die „Einheitskomitees“ zu sprechen. Vom Genossen Wepelt und andern wurde erwidert, daß es offenbar den Kommunisten an dem ersten Willen fehle, die Fürstenabfindung zu verhindern, daß sie vielmehr nur ihre Parteijuppe locken wollen.

Die Gewerkschaft hat in den letzten Wochen weiter er-heblich zugenommen. Vom Arbeitsamt Magerleben erhielten am 18. Februar 1185 Personen Gewerkschaftenunterstützung. Sie befaßen 1840 Familienangehörige. Dazu kamen noch 140 Er-werbslose mit 21 Angehörigen, die aus Wohlfahrtsmitteln un-terstützt wurden, weil sie auf die Gewerkschaftenunterstützung Ansprüche nicht oder nicht mehr hatten. Außerdem meldet sich noch regelmäßig eine größere Anzahl von Erwerbslosen, die irgendeine Unterstützung überhaupt nicht beziehen, z. B. weil keine Bedürftigkeit vorliegt. Das ist besonders häufig der Fall bei ledigen Erwerbslosen, die sich bei ihren Eltern aufhalten. In unserer Stadt allein stieg die Zahl der männlichen Empfänger von Gewerkschaftenunterstützung von 655 mit 948 Angehörigen am 1. Januar auf 806 mit 1175 Angehörigen am 18. Februar. Die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger stieg in der-selben Zeit von 109 auf 143. In den zum Arbeitsnachweis-bezirk Magerleben gehörigen Orten des Kreises Quebnitzburg trat eine Vermehrung der Unterstützungsempfänger von 58 auf 84 ein, in den zu Anhalt gehörigen Orten verminderte sich die Zahl von 289 auf 148. Neuanträge auf Unterstützung wur-den im Januar 866 gestellt. Davon wurden 17 endgültig ab-gelehnt. Was die Vermittlungstätigkeit anbelangt, so ist von Neueinstellungen auf den Marktwerken und bei der Firma Hammer u. Söhne zu berichten. Auch eine Anzahl land-wirtschaftlicher Arbeitskräfte wurde verlangt. In der Beschäftigungsmöglichkeit für die Außenberufe (Bauhänd-werker usw.) ist keine Besserung eingetreten. Im Metall-gewerbe ist die Erwerbslosigkeit größer geworden. Die Be-urlaubungen sind ausgedehnt worden. Wie es heißt, stehen noch weitere Entlassungen bevor. In der Textilindustrie ist schon längst Kurzarbeit eingeführt. Da trotzdem noch Abfah-mangel besteht, sollen noch weitere Betriebsänderungen vorge-nommen werden. Die Vermittlung von weiblichen Ar-beitskräften wie Hausangestellten, Köchinnen, ungelerneten Arbeiterinnen für Lagerarbeiten usw. war lebhafter. Aus-gesprochen wurden im Januar an Gewerkschaftenunter-stützungen rund 65 000 Mark; dazu kamen noch 6228 Mark für

ausgesteuerte Erwerbslose zu Lasten des Wohlfahrtsamts. In Krankenkaassenbeiträgen für die Erwerbslosen waren zu zahlen 3100 Mark, an Zuschüssen zu den Notstandsarbeiten 4640 Mark, für die Verwaltung 2000 Mark usw. Zusammen wurden aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge rund 65 000 Mark aus-gegeben. Dadurch wurden aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur 15 420 Mark gedeckt. Die Anteilzuschüsse der beteiligten Gemeinden betragen rund 7800 Mark. Der noch fehlende Betrag wurde aus der Ausgleichskasse für die Provinz gezahlt. Die Aufwendungen für die anhaltischen Orte wurden voll aus der Landesausgleichskasse in Anhalt gedeckt. Die Notstandsarbeiten erfüllten im Januar mehrfach Unterbrechungen. Im ganzen wurden 108 Personen mit solchen Arbeiten beschäftigt.

Die eigne Regie bei den Notstandsarbeiten war Gegenstand lebhafter Erörterungen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Sie erdeten mit dem Beschluß, die „eigene Regie“ durchzuführen. Der Magistrat ist dem Beschluß beigetreten. Die Verhandlungen, leitweise Wahlen für diese städtischen Regiearbeiten zu erhalten, sind ergebnislos verlaufen. Es sollen nunmehr die erforderlichen Wahlen im Wege der Ausschreibung angekauft werden. Genoss hat der Magistrat bereits die Stellen eines Schachtmeisters und eines Vorarbeiters ausgeschrieben. Meldungen sind bis zum 17. Februar im Bauamt einzureichen. Die ganzen Maßnahmen erstrecken sich zunächst nur auf die Anlage der Straße vor dem Danntor. Der Beginn der Arbeiten verzögert sich durch diese Vorbereitungen etwas. Im Zusammenhang mit den eingangs er-wähnten Beratungen beschloß die Stadtverordneten-Versammlung auch, den Magistrat zu bitten, ihr ein Verzeichnis der Geräte des Bauamts vorzulegen. Daraufhin hat jetzt der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung mitgeteilt, daß das Gerätever-zeichnis des Bauamts in Buchform mit Zu- und Abhängen von einer Kaufstelle zur andern geführt wird. Das Verzeichnis liege zur Einsichtnahme der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. bis 20. Februar in der Hauptregistratur des Rathauses aus. Von einer Vereinfachung des Verzeichnisses werde zunächst der Un-ständlichkeit halber Abstand genommen. Da von kommunistischer Seite in der letzten Stadtverordneten-Sitzung behauptet wurde, die Stadt besitze bereits Wahlen, sei bemerkt, daß solche nicht im Verzeichnis fest-zu noch sonst zum Eigentum der Stadt gehören.

### Altmark.

**Salzwedel.** Das rückfändige Zollamt Sieben Jahre sind seit der Flucht des letzten Hohenzollern vergangen, aber bisher hat man auf dem Zollamt Salzwedel noch nicht die Zeit gehabt, den ministeriellen Erlaß auf Beseitigung der früheren Hohenzollernzeichen zu befolgen. Das Dienstbüchlein über den Eingang zum Zollamt zeigt immer noch den Adler mit Krone, Zepher und Reichsapfel. Eine kleine Aufmunterung durch die vorgezogene Behörde dürfte wohl endlich am Platze sein. — Falsche Reichsritzung. Am Mittwoch fand eine Vorbesprechung über den vom Volksbund für Arbeiter-gelehrer-Fürsorge zu veranstalteten Volkstrauertag statt. Dazu war auch ein Vertreter der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbanners auf Einladung erschienen. Trotzdem dieser Vertreter von Anfang an betonte, daß er wegen der Kürze der Zeit keine Informationen mitbekommen habe, daß er sich also nicht bin-den könne, brachte der als Vertreter des Jungbo erschienenen Angestellte des völkischen Wochenblattes, Meyer, eine Dar-stellung, aus der die Beteiligung des Reichsbanners als fest-stehend zu entnehmen war. Die vom Reichsbanner verlangte Berichtigung gab natürlich dem Wochenblatt Veranlassung zur Behauptung, das Reichsbanner arbeite stets gegen eine Volks-gemeinschaft, und im übrigen hätte der Vertreter doch eine Be-urteilung zugefagt. Es erübrigt sich, auf diese unwichtigen Aus-sführungen einzugehen. Im übrigen sei bemerkt, daß sich die republikanische Bevölkerung, und vor allem die Kriegsbefähigten und Kriegerhinterbliebenen, von den reaktionären ehe-maligen Militärs und deutschnationalen Sozialistenfreestern ge-leiteten angeblich neutralen „Volksbund“ nicht vorzuschreiben lassen, wann das Andenken der Gefallenen öffentlich geehrt werden soll.

**Tangerhütte.** Frauenabend morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr im „Schwarzen Adler“. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) wird sprechen. Genossinnen, erscheint zahlreich und bringt Bekannte als Gäste mit.

### Stadtkreis Stendal.

**Fahrraddiebstahl.** Einem Kaufmann wurde am Montag vormittag vor einem Hause der Wallstraße das Fahrrad ent-wendet. Der Täter ist etwa 80 Jahre alt und trägt schwarzen Mantel, grünlischen Hut mit Federbusch und schwarze Samakchen.

**Unglücksfälle.** Auf dem Wege zu seiner Arbeit glitt der Arbeiter K. am Dahlenfelder Wege wohnhaft, am Sonntag vormittag so unglücklich aus, daß er einen Finger verlor. Mit der rechten Hand wollte sich K. fassen, fiel aber trotzdem und schnitt sich dabei mit seinem Trauring fast ganz den Ringfinger ab. In der nahen Fabrik konnte ihm ein Mutterband umgelegt werden. Dann wurde der Verunglückte in das Jo-hannier-Krankenhaus geschafft, wo man ihm den Finger ganz abnahm. — Am Freitag brach sich der Fleischermeister Dr. aus Stendal, der sich zum Bahnhof Reulingen begeben wollte, auf dem Wege ein Bein.

Die Polizeiverwaltung macht erneut darauf aufmerksam, daß bis 15. März die Hauspächter von den Obstbäumen zu reinigen sind. Die Verpflichtung erstreckt sich auf diejenigen Räume und Sträucher, die sich in der Nähe von Obstbaum-pflanzungen befinden. Bei Unterlassung der Anordnung wird Bestrafung erfolgen. Die Revision beginnt am 16. März.

**Mandatniederlegung.** Der Kreisaußschuß gibt bekannt, daß der Genosse Karl Schmidt (Wäthen-Tangerhütte) sein Mandat als Kreislagabgeordneter niederlegt hat und daß an seine Stelle durch Radtrüben auf unserer Vorschlagsliste der Arbeitsnachweiser Genosse Heinrich Fehleber in Tangermünde tritt.

### Vom Stendaler Schöffengericht.

**Fahrlosigkeit.** Im Rausche fuhr der Kraftwagenführer Karl J. aus Seehausen den Weges kommenden Landwirt Louis G. an. S. hatte sich wegen fahrlässiger Körperverletzung und Hebertretung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahr-zeugen zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn zu 160 Mark Geldstrafe.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Groß-Otterleben.** Am Donnerstag Sitzung (amtlicher Ortsbau- fahrer (auch Eisenbahner) bei Herrn „Reiter Schwarz“. Nachdem Vorstands- sänger eingetroffen.

**Reichsbanner.** Die Hamburgfahrer des Reichs sind am Sonnabend früh 4.15 Uhr in Wiedrich zur Stelle. Abfahr 5.11 Uhr ab Wiedrich.

**Reichsbanner.** Abmarsch der Hamburgfahrer Sonnabend früh 4.15 ab Kreuz, zusammen mit der Kameradschaft Seyditzberge 4.15 ab Seyditz-berge.

**Reichsbanner.** Abmarsch der Hamburgfahrer so rechtzeitig, daß 4.15 Sonnabend früh von Seyditzberge abmarschieren werden kann.

**Groß-Zimmerleben.** Mittwoch abend 8 Uhr 15 Mitglieder- versammlung bei Kamerad Nordt. Die Hamburgfahrer versammeln sich Sonn- abend früh 4.15 bei Kamerad Nordt zum Abmarsch nach dem Bahnhof.

**Reichsbanner.** Mittwoch abend 8 Uhr bei Herzog außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Hamburgfahrer müssen unbedingt erscheinen.

**Reichsbanner.** Die Hamburgfahrer treffen sich am Donnerstag abend zu einer kurzen Besprechung beim Kameraden Lorenz.

**Schönebeck.** Mittwoch abend 8 Uhr bei Panje Generalversammlung. Die Hamburgfahrer müssen erscheinen und Fahrgeld mitbringen.

**Kreis Magdeburg.** Die Hamburgfahrer des Kreises müssen den Aug 5.11 Uhr Sonnabend früh ab Hauptbahnhof Magdeburg bezeugen. Sämt- liche Fahnen müssen mitgebracht werden, auch wenn nur ein Mann von der Ortsgruppe fährt, die fehlenden Kameraden stellt dann der Kreis. Die Orts- gruppe Seehausen muß die 10er Fahne unter allen Umständen mitbringen.

**Schönebeck.** Eisenbahner können und müssen diesen Zug mitbezeugen. Der Reichsbanner

### Wie werde ich für meine Partei und Presse?

Indem ich die Parteipresse nicht wegwerfe, sondern, nachdem ich sie gelesen, meinem Nachbar im Hause, meinem Mitarbeiter in Werkstatt und Bureau zum Studium und Abmieren empfehle.

# Aus den Gerichtssälen.

## „Im France-Zustand.“

In Behendorf hatte sich ein Hypnotiseur niedergelassen, der dort und in den umliegenden Ortschaften allabendlich Vorstellungen gab. Das Dorfpublikum fand an den Vorstellungen des Hypnotiseurs Gefallen, und strömte in Scharen in die Gasse. Tagsüber hatte aber nicht nur der Hypnotiseur, sondern auch dessen Begleiter und „Medium“ Langeweile. Das „Medium“, der bereits zweifach bestrafte Arbeiter Karl Laudan, der auch bereits eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren verbüßt hatte, trug in sich den fehnlichsten Wunsch, die Reife von Dorf zu Dorf zu- künftigt mit einem Fahrrad erleben zu können. Da sein „Medium-Honorar“ zum Kauf eines Fahrrades aber nicht ausreichte, sann er nach, wie er zu einem Rad auf billigste Art kommen könne. Als er eines Mittags zwischen den Feldern bei Behendorf spazieren ging, sah er in einem Kornfeld verstreut ein Fahrrad liegen. Schon im nächsten Augenblick sah er auf dem fremden Stahlrost und gondelte dem Dorfe zu. Da er aber befürchtete, daß der plötzliche Besitz eines Fahrrades auffallen würde, verpackte er das Rad allabendlich in einem Kornfeld. Der be- stohlene Landarbeiter hatte aber inzwischen doch erfahren, daß einer der „Hypnotisierer“ plötzlich ein Fahrrad besäße, das seinem gestohlenen ziemlich ähnlich sah. Da der Landarbeiter wirt- schaftlich nicht in der Lage war, sich wieder ein neues Rad kaufen zu können, packte er mit Arbeitskollegen eines Abends den beiden Schaffellern auf und kam so wieder in den Besitz seines Fahr- rades.

Wegen Diebstahls im Rückfalle hatte sich das „Medium“ nunmehr vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der An- geklagte Laudan gibt an, wenn er den Diebstahl ausgeführt habe, könne er das nur im Francezustand getan haben. Neben diesen Angeklagten mußte auch der eigentliche Hypnotiseur, der Gärtner Heinrich Laffan auf der Anklagebank Platz nehmen, da er gewußt haben soll, daß sein Begleiter das Fahrrad gestohlen hätte. Der Angeklagte Laffan gibt das zu, bezeichnet es aber als Unstimm, wenn der Angeklagte behauptet, den Diebstahl nur im hypnotisierten Zustand begangen zu haben. Das Gericht glaubte dem Angeklagten Laudan nicht und verurteilte ihn wegen Rückfalldiebstahls unter Ablehnung mildernder Umstände zu zwei Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stel- lung unter Polizeiaufsicht. Laffan kam wegen Begünstigung mit drei Monaten Gefängnis davon, die durch die Unter- suchungshaft für verbüßt erklärt wurden.

## Die Eiserjuden.

In Sandbierenhof bei Balmiricht hatte sich im Jahre 1924 ein junges Mädchen aus Berlin, das öfter dort zu Besuch weilte, in den Landwirt O. verliebt. Das Verhältnis dauerte aber nicht lange an, da das Mädchen ihre Gunst bald einem Gastwirtsohne in Solbitz zugewandt hatte. Der Landwirt war darüber erköst und empört, daß seine Liebe ihn auf einem Tanzvergnügen links liegen ließ, während der Gastwirtsohne stets von ihr bedauert wurde. Als nach Schluß des Tanzvergnügens sich das Mädchen von dem Rebenzügler nach Hause begleiten ließ, schmol dem Landwirt die Fortesader, und auf der Landstraße nach Sand- bierenhof stellte er den Gegenpartner recht heftig zur Rede. Der Gastwirtsohne antwortete darauf gar nicht, sondern gab dem eifer- süchtigen Mann einen Stoß, worüber sich O. noch mehr ärgerte und im Nu war auf der Landstraße die schönste Reiterei im Gange.

Leider nahm der Streit einen bedauerlichen Ausgang. Der Landwirt hatte nämlich den Gegner so sehr zur Erde geworfen, daß er sich ein Bein brach. Der Verletzte mußte zum Arzt gebracht werden und erkrankte nunmehr gegen O. Anzeige wegen Körperverletzung. Der Einzelrichter in Balmiricht verurteilte den Landwirt zu 7 1/2 Monaten Gefängnis, wogegen nicht nur O., sondern auch Rebenzügler und Staatsanwalt Berufung ein- legten. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Magdeburg wurde das zweite Urteil gesprochen. Der Staatsanwalt bean- tragte 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten hielt Anträge für notwendig und plädierte auf Freisprechung. Dieser Antrag schloß sich auch das Gericht an, hob das erstinstanz- liche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

## Der Prozeß Beate.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg begann am Montag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Diezle die vor einiger Zeit vertagte Hauptverhandlung gegen den Landwirt Paul Beate, der wegen Diebstahls der Wacheburger Paul Beate. Dem Antrage, Beate und unterlassener Handel mit Fuder zur Last gelegt wird. Wegen Beihilfe zu einigen Straftaten müssen auch der Angeklagten noch die Landwirtin Beate Meyer und Georg August Bucher Platz nehmen. Die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwaltlichkeitsrat Siehle. Als Verteidiger funk- tionieren die Rechtsanwälte Gräbner, Brandt, Hübner und Labe- fers. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal statt. Als Sachverständige nehmen an der Verhandlung Syndikus Ren- schäfer und Richtermeister Doktor Müller teil.

Dem Hauptangeklagten Beate werden vor allem Zuder- schiebanngen größeren Stils zur Last gelegt. Er habe in der Inflationszeit, obwohl nicht er, sondern ein Prokurist der Paul Handelsbankbesitzer, eine ganze Anzahl Zudergerichte abgehoben und soll dabei stets nach irgendeiner Methode ge- arbeitet werden: Zunächst hat er Firmen wie Alendorf (Sonne- berg), Garndorf (Zergerode) und der Kautschubank in Ro- gatz größere Forderungen zu setzen versucht, er habe aber von Tag zu Tag mit dem Sinken der Inflations den verhandelt. Beate, der lange in der Lage, sich seinen „Geldern“ gegenüber nicht schämen zu können. Als geritzener Kaufmann und Geschäftsmann war er stets mit den neuen Karten zur Hand und verhandelt es, trotz der Ungunst der Zeit seine Verbindlichkeiten auf höhere Höhe zu halten. Ihm ging es ja nicht so wie Millionen von Arbeitern, die am Tage vorher Geld bekommen, das der Staat noch aus- schüt, als heute es für eine Waage reichte, für das sie aber am nächsten Tage kein Geld mehr hatten. Beate ge- hörte zu den glücklichen Menschen, die stets ihren am Tage vorher verdienten, wenn auch weniger Wert am nächsten Tage die befristete Karte hatte.

Weiter wird dem Angeklagten Beate zur Last gelegt, daß er eine Beihilfeleistung begangen haben soll. So soll er zum

der Konfektfabrik Rogatz einen Blankowechsel bekommen haben, den er widerrechtlich für sich zur Selbstbeschaffung verwen- dete. Weiter soll er sich ebenfalls widerrechtlich 6000 Mark ange- eignet haben — allerdings schon in fester Währung —, die er einfach durch einen Vantangeleiten von den Beständen der Bank auf sein Konto übertragen ließ. Das Geld kamte gleichfalls von einem Zudergerichte, das diesmal die Bank abgeschlossen hatte, obwohl auch sie eine Handelsbankbesitzerin nicht besaß. Der Angeklagte Beate bestreitet alles. Entweder kam er sich auf die einzelnen Vorgänge nicht mehr genau besinnen, oder er spürt alle Angriffe gegen seine Person mit den Erfahrungen des Bank- sachmanns ab. Beate ist nicht etwa ein Angeklagter im üblichen Sinne des Wortes, sondern er ist auch auf der Anklagebank der gerissene Vorkenmann, der nicht nur auf Fragen der Staatsan- waltschaft allgemeine, entschuldigendmässig aussehende An- worten hat, sondern er ist einer von den seltenen Angeklagten, die in der Lage sind, selbst die juristischen Klippen der Frage- stellung zu überwinden. Die beiden Mitangeklagten Meyer und Bucher wollen gleichfalls unschuldig sein. Ihnen werden nur kleinere Vergehen zur Last gelegt.

Der erste Tag des Beateprozesses wurde ausgefüllt mit der Vernehmung der Angeklagten. Darauf wurde die Verhandlung, die acht Tage in Anspruch nehmen soll, auf Mittwoch ver- tagt. Etwa 20 Augen, außerdem ein weiterer Zudergerichte- händler sind zum Mittwoch geladen worden.

# Sportler, Gewerkschafter, Angestellte, Reichsbannerkameraden!

Besucht den Film der 1. internationalen Arbeiter-Sportolympiade Frankfurt 1925

# Die neue Großmacht

im „Skrifallpaar“ am Donnerstag den 17. Februar, abends 8 Uhr, und Sonntag den 21. Februar, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.

## Kleine Chronik.

Ein rücksichtsloser Chauffeur. Ein aufregender Vorfall spielte in mittelmäßiger Stunde in der Friedrichstraße in Berlin ab. Der 28 Jahre alte Kaufmann Rudolf Karstens aus der Prager Straße fuhr gegen 2 Uhr nachts mit einem Pri- vatautomobil in überaus hoher Geschwindigkeit durch die Fried- richstraße. In der Ecke Krausenstraße mußte er seinen Wagen plötzlich abstoppen und kam auf den Bürgersteig. Dabei gerieten zwei Personen, der 35 Jahre alte Maler Felix Köllner und die Aktivistin Dahlf, unter das Automobil. Da Karstens absichtlich den Wagen nicht zum Stehen brachte, wurden die beiden Verunglückten eine Strecke weit mitgeschleift. Erst auf die Entzugsstraße der Pragerstraße hielt Karstens den Wagen an. Raum hatte sich die Dahlf aus ihrer gefährlichen Lage be- freit, als der jugendliche Chauffeur mit voller Kraft mit dem Automobil davonfuhr, um sich seiner Feststellung zu entziehen. An dem vorderen Stoßbügel hing der verunglückte Maler Köllner und wurde in rücksichtsloser Weise weiter mitgeschleift. Nach einer aufregenden Jagd gelang es schließlich, den rasenden Chauffeur mit seinem Wagen festzuhalten und den verunglückten Maler zu bergen. Man versuchte, den Chauffeur auf der Stelle für sein Verhalten zu bestrafen, nur dem rechtzeitigen Eintreffen der Beamten des Heberfallkommandos kann Karstens sein Leben verdanken. Er hatte aber dennoch schwere Dieb- und Stieh- wunden davongetragen und mußte mit den beiden verunglückten Personen nach der Rettungswache gebracht werden. Von hier aus wurde Karstens der Revierpolizei übergeben.

Der Hamburger Frauenmord. Der grauenvolle Fund des untern Teiles einer weiblichen Leiche im Koffer in der Düppeler Straße in Hamburg ist jetzt aufgeklärt. Auf die Mit- teilung des Kofferfundes mit den Buchstaben G. I. meldete sich eine Familie in Altrahnsb., der dieser Koffer abhandelt ge- kommen war. Es war seit der Zeit, als Helene Meta Thies, geboren 1898 in Affel bei Stade, dort Dienstmädchen war. Die weiteren Ermittlungen ergaben tatsächlich, daß die 27jährige Helene Thies, jetzt Hamburg, Spedstraße 70, die Ermordete war. Man stellte die Polizei bald fest, daß ihr Bräutigam Otto Zinke, geboren 1900 in Altona, der bei ihr wohnte, und die ebenfalls bei ihr wohnte, in Altona 1900 geborne Agnes Heil, die Täter waren. Beide wurden verhaftet. Sie gaben nach langem Ringen zu, daß sie in der Nacht vom 2. zum 3. Februar in schwer angetrunkenem Zustand nach Hause gekommen und dort in heftigen Wortwechsel mit der Thies ge- kommen sind, da Zinke, obwohl Bräutigam der Thies, die ein- jährige Tochter besitzt, mit der Heil seit längerer Zeit in Ver- bindung stand, worauf nach Zinkes Angaben die Heil, nach der Angabe der Heil aber Zinke, die Thies zu Boden gerissen und schließlich erwürgt habe. Beide gestandenen dann die Leiche mit einem Küchenmesser und rügten die obere Hälfte angeblich in einen Leich bei Altrahnsb., wo jetzt danach gesucht wird, während sie aus Furcht vor Entdeckung den Koffer mit der untern Hälfte im Treppengang Düppeler Straße haben stehen lassen.

Erhaltung einer deutschen Schiffsmannschaft. Die Neuhor- lebenrettungsgeellschaft hat beschlossen, Kapitän und Mann- schaft des Spagadampfers „Beiphalia“ bei ihrer nächsten Lan- dung in Neuhorl für heldenmütiges Verhalten bei der Rettung der Besatzung des holländischen Dampfers „Alid“ durch beson- dere Ehrungen auszuzeichnen. Kapitän Graafs und der zweite Offizier Kettberg werden die große goldene Rettungsmedaille und jeder Retter eine bronzene Medaille sowie 50 Dollar Geldgeschenke erhalten.

Die Schließherrschaft als Dienstmädchen. Seit November vorigen Jahres war in Gottshimm im Kreise Friedeberg (Neu- mark) ein Dienstmädchen Beria Beandi bedienstet, das sich jetzt als eine Frau von der Krüggen entpuppte, deren Mann in Holland ein großes Geschäft mit Gut besitzt. Wegen Zwistig- keiten mit den Eltern des Mannes ging das Ehepaar vor einem Jahr auseinander, bis jetzt, nach einem Selbstmordversuch des Mann der Krüggen, dessen Eltern sich entschlossen, das getrennte Paar wieder zu vereinen. Ein Post von der Heilarmee in Landsberg a. H. überbrachte dem „Dienstmädchen“ die Nach-

richt, daß es wieder in die eheliche Gemeinschaft mit dem Gatten zurückkehren möge.

Ein 14-jähriger Sohn erschossen. Der Eisenbahn- inspektor Koch in Mainz wurde von seinem 14-jährigen Sohn er- schossen. Koch war im Besitz eines Revolvers, den er in einer ver- schlossenen Schublade aufbewahrte. Der Sohn, Schüler einer höheren Lehranstalt, hatte sich schon vor einiger Zeit die Waffe angeeignet. Der Vater wollte den Jungen wegen eines Fehl- tritzes züchtigen. Als der Mann sich über den Knaben beugte, gab dieser einen Schuß ab, der den Vater am Bauch schwer ver- letzte. Ehe Hilfe zur Stelle war, hatte sich der Mann verblutet. Der Junge sagte aus, er habe seinen Vater nicht töten, sondern nur verhindern wollen, ihn zu bestrafen.

Selbstmord vierzehn Tage nach der Hochzeit. Vierzehn Tage nach ihrer Hochzeit erhängte sich in Königszell die erst 19 Jahre alte Ehefrau Klose ihr einjähriges Söhnchen und brachte sich danach ebenfalls mit derselben Waffe eine tödliche Verletzung bei.

Ein schmerzliches Unglück ereignete sich in Guschulsh (Ober- schlesien). In Abwesenheit der Eltern lief ein vierjähriges Mäd- chen auf das Feld, fand dort eine Eierhandgranate und brachte sie nach Hause. Als sich der 11-jährige Bruder an dem Spreng- körper zu schaffen machte, explodierte dieser und verflüchtete beide Kinder in grauenerregender Weise. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die übrigen im Zimmer befindlichen drei Kinder wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Ein mißglückter Raubüberfall erregte sich in Nürnberg. Der Kassenbote einer Getreidefirma wurde mit seiner Geldtasche, in der eine Summe von 18000 Mark verwahrt war, überfallen und ausgeraubt. Der Raubfall konnte jedoch dem Täter folgen und um Hilfe rufen. Ein Kriegsinvalide stellte sich dem Räuber in den Weg, brachte ihn zu Fall und hielt ihn mit seinem linken Arm fest, bis ihn eine Polizeistreife fassen konnte.

Kampf mit Einbrechern. In dem Lager des Konsumvereins Gohwitz bei Saalfeld brangen nachts mit Hilfe von Diebstahl drei Einbrecher ein, die vorher bereits in zwei andern Einbrüchen Beute gemacht hatten. Der Lagerhalter wurde durch ein verächt- liches Geräusch aus dem Schlafe geweckt, schlich sich in den Lager- raum und überraschte die Verbrecher bei ihrer „Arbeit“. Er packte den einen und rief dabei laut um Hilfe. Die andern beiden flüchteten, doch kehrte der eine von ihnen sofort wieder zurück und schob dem Lagerhalter eine Revolverkugel in den Mund. Darauf verschwand alle drei unter Zurücklassung ihres Diebstahlwerkzeugs. Sie konnten bisher nicht ermittelt werden. Der schwerverletzte Lagerhalter wurde in das Saalfelder Krankenhaus gebracht und zum Zwecke der Entfernung der im Kopfe steckenge- bliebenen Kugel darn in die Jenaer Universitätsklinik überge- führt.

Grubenunglück in Amerika. Nach einer Meldung aus Maumbville (Westvirginia) ereignete sich im Bergwerk Bowhatan (Ohio) eine schwere Minenexplosion. Das Bergwerk gehörte zu den größten Amerikas und beschäftigt in jeder Schicht etwa 700 Bergleute. 24 von ihnen, die am Schachtengang arbeiteten, er- litten bei der Explosion schwere Verbrennungen. Sie konnten sämt- lich geborgen werden. — Wie später einlaufende Berichte be- sagen, konnten sich 600 Bergleute retten.

Fezenglaube in Paris. Der Wahnsinn der Teufelsausstrei- bungen hat ein neues Opfer gefordert. Eine 37-jährige Frau hatte in Paris in der letzten Nacht ihr Haus in Brand gesteckt, doch konnte das Feuer in kurzer Zeit gelöscht werden. Als man die Brandstifterin nach den Gründen befragte, erklärte sie, das Haus sei verhext; sie habe es angezündet, um die bösen Geister zu ver- treiben. Sie wurde darauf ins Irrenhaus übergeführt.

Edelmetallhändler in Paris. In dem Pariser Viertel Mémilmontant sind vier Personen verhaftet worden, die Gold- münzen und Silbergeld aufkauften und einschmolzen. Sie haben eingekauft, daß sie in drei Monaten etwa 1200 Kilogramm Gold und Silber eingeschmolzen hätten. Nach den ersten Ergebnissen der Untersuchung sind auf diese Weise 2 1/2 Millionen Franc in Gold umgeschmolzen worden.

## Wasserstände.

		+ bedeutet über, — unter Null			
St. G.	St. G.	St. G.	St. G.	St. G.	St. G.
Hamburg	15.2 + 0.58	0.66	Dünen	15.2 + 0.60	0.10
Brandeb.	1.04	0.09			
Melmit	0.88	0.07			
Leimnitz	0.90	0.04			
Auffig	1.25	0.04			
Dresden	0.82	—			
Torgau	16.2 + 1.94	0.08			
Wittenberg	2.08	0.01			
Hofen	2.28	0.01			
Wittenb.	2.49	0.02			
Brandeburg	1.90	0.03			
Zangermünde	15.2 + 3.12	0.07			
Wittenberge	2.02	0.05			
Köpenick	2.57	—			
Dalchow	—	—			
Wittenburg	—	—			
Gohwitz	2.50	—			

## Wetterbericht.

Aussichten für Mittwoch: Veränderliches Wetter mit einzelnen Regenfällen, Temperaturen zwischen 4 und 10 Grad schwankend.

## Warenmärkte.

### Magdeburger Zuderbörse vom 15. Februar.

Der Preis für Weißzuder (einschl. Sach und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladeestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Centnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 25.75 - 26.75, bei Lieferung per Februar/März 26.50 für gemauertem Preis. Tendenz ruhig.

### Berliner Produkten-Börse vom 15. Februar.

Kotiert an der Mittagbörse ab Station: Weizen, märz. 245-248, mecklenb. 188-192, Roggen, märz. 144-148, pommerscher 138-142, Sommergerste 166-169, Winter- u. Futtergerste 188-194, Hafer, märz. 138-142, Weizenmehl 32.00-35.25, reines Mehl 34.00-34.40, Roggenmehl 21.75-23.75, Weizenmehl 10.50-10.75, Roggenmehl 9.20-9.40, Hafermehl 24.00-24.00, Weizenmehl 20.00-24.00, Kleine Speiseerbsen 23-25, Futtererbsen 20.00-22.00, Weizen 20-21, Ackerbohnen 19.50-20.50, Wicken 21.50-23.50, Lupinen, blaue, 12-18, gelbe 14-15, Serradelle, neu, 20-22, Wicken 14.50-15, Weizenmehl 18.00-20, Erbsenmehl, prompt 8.10-8.30, Zuderfingel —, Zuderfingel, 30-70, Zuderfingel, 18.80-14.80, (Getreide und Mehlwaren pro 100 Kilogramm, das übrige pro 100 Kilogramm.)

## Gummi-Mäntel

Herren-Mäntel von 15.00 Mk. an  
Damen-Mäntel von 17.50 Mk. an  
bis zu den elegantesten Ausstattungen.

Kinder-Gummimäntel, Pelerinen,  
Windjacken, Gummikappen  
in größter Auswahl.

**Hugo Nehab, Magdeburg**  
Lohndammstr. 2, gegenüber dem Kolonnenstand

## Tibuweet

— sei es —  
das beste Mittel gegen den  
in überaus unangenehmer Weise bei  
Schwermüdigkeit auftretenden

### Achselschweiß

Tibuweet ist jodfrei und schmerzlos, be-  
wehrt leicht und bewirkt eine  
sofortige u. nachhaltige Wirkung.  
Sie erhalten Tibuweet in jeder ge-  
wohnlichen Apotheke oder Drogerie.  
Nur solange erhältlich, solange Tibuweet  
und seine beiden Mittel noch  
Tibuweet  
ist etwas Besonderes

## Weich und geschmeidig

wie meine Haut ist das Leder der Schuhe,  
die mit Erdal Marke Rotfrosch gepflegt  
sind. Der hohe Ölgehalt der Schuhpaste  
verhindert das Brüchigwerden des Leders;  
die ausgesuchten Wachse geben Hoch-  
glanz und konservieren die ursprüng-  
liche Schönheit des Schuhs. Verwenden  
Sie daher stets

# Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!